

# Ausgrenzung, Zivilcourage und Demokratiebewusstsein. Damals und Heute

Hg.: Gertraud Diendorfer, Susanne Reitmair, Johanna Urban



Gefördert durch



**NATIONALFONDS**

DER REPUBLIK ÖSTERREICH FÜR OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

Diese Broschüre entstand im Rahmen einer Projektkooperation mit dem ZOOM Kindermuseum.



Weitere Kooperationspartner:



[www.wienextra.at](http://www.wienextra.at)



## Impressum

Gertraud Diendorfer, Susanne Reitmair, Johanna Urban (Hg.): Ausgrenzung, Zivilcourage und Demokratiebewusstsein. Damals und Heute, Wien 2013

Satz & Layout: Katrin Pflieger Grafikdesign

Lektorat: Irmgard Dober

Druck: druck.at

Umschlagfotos: ÖNB/Wien ÖGZ H7076/5, Robert Kneschke (fotolia)

© Demokratiezentrum Wien

Hegelgasse 6/5

1010 Wien

Tel: 01/512 37 37

Mail: [office@demokratiezentrum.org](mailto:office@demokratiezentrum.org)

[www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org)

**Demokratiezentrum** **Wien**  
[www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org)

# Inhalt

Einleitung	2
------------	---

## Das nationalsozialistische Terror-Regime und die Verfolgung von Jüdinnen und Juden in Österreich, 1938–1945 3

Spontane Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung („Anschluss-pogrom“), März–Mai 1938	5
Wege der Ausgrenzung	8
Boykott und Enteignung von jüdischen Geschäften	10
Vertreibung aus Wohnungen	11
Berufsausschluss	13
Ausschluss aus der Schule	14
Novemberpogrom – Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung	15
Versuch der Flucht und Vertreibung	17
Zunehmender Ausschluss aus dem öffentlichen Leben (1939–1942)	19
Deportationen und Opferstatistik. Konsequenzen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik	25

<b>Demokratie geht uns alle an!</b>	<b>28</b>
Wichtige Merkmale einer Demokratie	29
Das fällt Jugendlichen zum Thema Demokratie ein ...	35
Demokratie braucht Zustimmung und Beteiligung	36
Diskriminierung und Ausgrenzung heute	40
REWIND – eine Geschichte zum Nachdenken	42
Das fällt Jugendlichen zum Thema Zivilcourage ein ...	44
Zivilcourage bedeutet	46
Zivilcourage damals und heute	47
Gründe, warum Menschen nicht helfen...	49
Wir alle gestalten Demokratie!	51

Glossar	52
Weiterführende Links	54
Literaturtipps für Erwachsene	55
Methodisches für die Arbeit mit Jugendlichen	56

# Einleitung

Nur wenn wir bereit sind, aus der Vergangenheit zu lernen, können wir unsere Gegenwart besser mitgestalten. Und Mitgestaltung ist einerseits wichtig für Demokratie, andererseits erst in demokratischen Systemen möglich. Ziel der vorliegenden Broschüre ist es daher, mitzuhelfen, ein Grundverständnis dafür zu erwerben, wie Demokratie funktioniert und wie schnell sich menschenverachtende Diktaturen etablieren können.

Anstoß für diese Broschüre gab eine Projektkooperation zwischen dem ZOOM Kindermuseum und dem Demokratiezentrum Wien aus Anlass des Gedenkens an die Ereignisse rund um die Novemberpogrome 1938. Im Rahmen von Workshops und in Auseinandersetzung mit historischem Material soll es jungen Menschen möglich sein, über Potenziale und Konsequenzen von politischen Systemen nachzudenken und ein Gefühl zu erhalten, wie eine „bessere“ Welt aussehen könnte, wie schnell sich ausgrenzende Strukturen implementieren lassen beziehungsweise ließen, was dies für jeden Einzelnen und jede Einzelne bedeuten kann. Die Broschüre ergänzt dieses Vermittlungsprogramm, ist aber auch unabhängig davon zu verwenden.

Die Broschüre zielt zum einen auf die Sensibilisierung junger Menschen in Hinblick auf die Geschehnisse rund um das Jahr 1938 ab, zum anderen wird ein Bogen in die Gegenwart gespannt, um Geschichte für die Jugendlichen greifbar zu machen und aufzuzeigen, was wir auch heute noch aus den Erzählungen von damals lernen können. Der Nationalsozialismus spielt in Hinblick auf das kollektive Gedächtnis unserer Gesellschaft eine große Rolle und ist nicht zuletzt Teil zahlreicher Familiengeschichten. Aktuelle Debatten im Lebensum-

feld der Jugendlichen arbeiten mit Versatzstücken dieser Geschichte, sind ohne entsprechendes Hintergrundwissen in ihren Dimensionen aber kaum nachvollziehbar.

Der erste Teil der Broschüre bietet Hintergrundwissen zum nationalsozialistischen Terrorregime und beschreibt die Ausgrenzungsmechanismen im Nationalsozialismus am Beispiel der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Österreich. Ergänzt wird dieser Beitrag durch persönliche Erfahrungen von ZeitzeugInnen – die als Kinder die Zeit damals erlebt haben.

Im zweiten Teil der Broschüre steht der Bezug zum Heute im Vordergrund. Dieser Teil zielt vor allem auf die Stärkung von Zivilcourage, ein friedliches Zusammenleben und Demokratiebewusstsein ab. In Abgrenzung zum totalitären System des Nationalsozialismus soll aufgezeigt werden, wie Toleranz und gesellschaftliche Vielfalt im Rahmen demokratischer Systeme das Leben der Jugendlichen bereichern können und wie sie gewaltfrei mit konfliktreichen Situationen umgehen können.

Abgerundet wird die Broschüre durch ein Glossar (die erläuterten Begriffe sind im Text durch das Symbol → gekennzeichnet), zahlreiche Tipps und weiterführende Hinweise für Erwachsene – d.h. für in der Jugendarbeit Tätige wie Eltern gleichermaßen –, die die Auseinandersetzung mit dem Thema unterstützend begleiten.

# Das nationalsozialistische Terror-Regime und die Verfolgung von Jüdinnen und Juden in Österreich, 1938–1945

von Michaela Raggam-Blesch

In Österreich wurden demokratische Strukturen bereits Jahre vor der nationalsozialistischen Machtergreifung 1938 abgeschafft. Im März 1933 schaltete die Christlich-Soziale Partei unter Engelbert Dollfuß das Parlament aus. Daraufhin wurden oppositionelle politische Parteien (Kommunisten und österreichische Nationalsozialisten) verboten und die Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt. Des Weiteren wurden der Verfassungsgerichtshof ausgeschaltet und GegnerInnen dieses → autoritären „Ständestaates“ verfolgt. Nach dem Bürgerkrieg im Februar 1934 wurde auch die Sozialdemokratische

Partei verboten und der → austrofaschistische Staat durch eine neue Verfassung legitimiert. Im christlich-sozialen Staat, in dem die katholische Kirche eine entscheidende Funktion inne hatte, wurden auch Jüdinnen und Juden in bestimmten Berufen (BeamtenInnen, LehrerInnen sowie medizinisches Personal in öffentlichen Spitälern) mit → Diskriminierungen konfrontiert. Nichtsdestotrotz geriet der → austrofaschistische Staat immer mehr unter den Druck des benachbarten nationalsozialistischen Deutschlands.

## INFOBOX „ANSCHLUSS“

Der Einmarsch deutscher Truppen am 12. März 1938 und die darauffolgende Annexion (Übernahme) Österreichs durch das nationalsozialistische Deutsche Reich werden als → „Anschluss“ bezeichnet. Am 9. März 1938 kündigte der österreichische Bundeskanzler Kurt Schuschnigg eine Volksbefragung für den 13. März an. Dies war ein letzter Versuch, die Unabhängigkeit Österreichs zu bewahren. Am Nachmittag des 11. März sagte Schuschnigg unter deutschem Druck die Volksbefragung ab. Zu diesem Zeitpunkt fanden österreichweit noch Demonstrationen gegen den „Anschluss“ statt, unter Teilnahme vieler Jüdinnen und Juden. Einer der Demonstranten in Wien war der 16-jährige **Harry Weber**:

„Dann kam der schreckliche 11. März. Ich erinnere mich wie heute. Wir gingen demonstrierend, schreiend auf einer Seite der Kärntner Straße, auf der anderen Seite gingen die Nazis, in der Mitte zwischen uns die berittene Polizei und viele Polizisten. Ab und zu gelang es einem von uns oder von den Nazis, auf die andere Straßenseite zu gelangen, und da gab es dann natürlich Raufereien und Schlägereien, bis die Polizei uns trennte. [...] Auf der Straße hörten wir Schuschniggs Abschiedsrede, mit seinen letzten Worten: ‚Gott schütze Österreich!‘ [...] Und dann kam es zu einem Bild, das ich sicher wie viele andere traurige Bilder dieser Zeit nie vergessen werde. [...] Es war ein richtig unheimliches Moment. Ich sah, wie viele Polizisten ihre Uniformtaschen öffneten, die Nazi-Armbinden herauszogen und anlegten.“<sup>1</sup>

1 Harry Weber, Ein Fotografenleben, in: Berthold Ecker/Timm Starl (Hg.), Harry Weber. Das Wien Projekt, Wien 2007, S. 376.

Spontane  
Siegesfeier kurz nach  
der nationalsozialistischen  
Machtübernahme,  
11. März 1938. Ein Polizist mit  
Hakenkreuzarmbinde wird von  
den feiernden österreichi-  
schen Nationalsozialisten  
hochgehoben.



Polizist mit Hakenkreuzarmbinde © ÖNB/Wien PZ 1938 III 11 Wien 1/3

Die Wagen-  
kolonne mit Adolf  
Hitler wird von den  
wartenden Menschenmas-  
sen stürmisch begrüßt.  
Mariahilfer Straße, in der  
Nähe des Flottenkinos,  
14. März 1938.



Hitlers Einzug in Wien. © ÖNB/Wien PZ 1938 III 14 Wien 1/3

**Viele Österreicherinnen und Österreicher**, darunter auch einige Polizisten, erwiesen sich unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme als Mitglieder der bis dahin verbotenen nationalsozialistischen Partei und feierten den bevorstehenden → „Anschluss“. Bereits Stunden nach der Machtergreifung setzten die ersten Gewalttätigkeiten gegen die jüdische Bevölkerung ein.

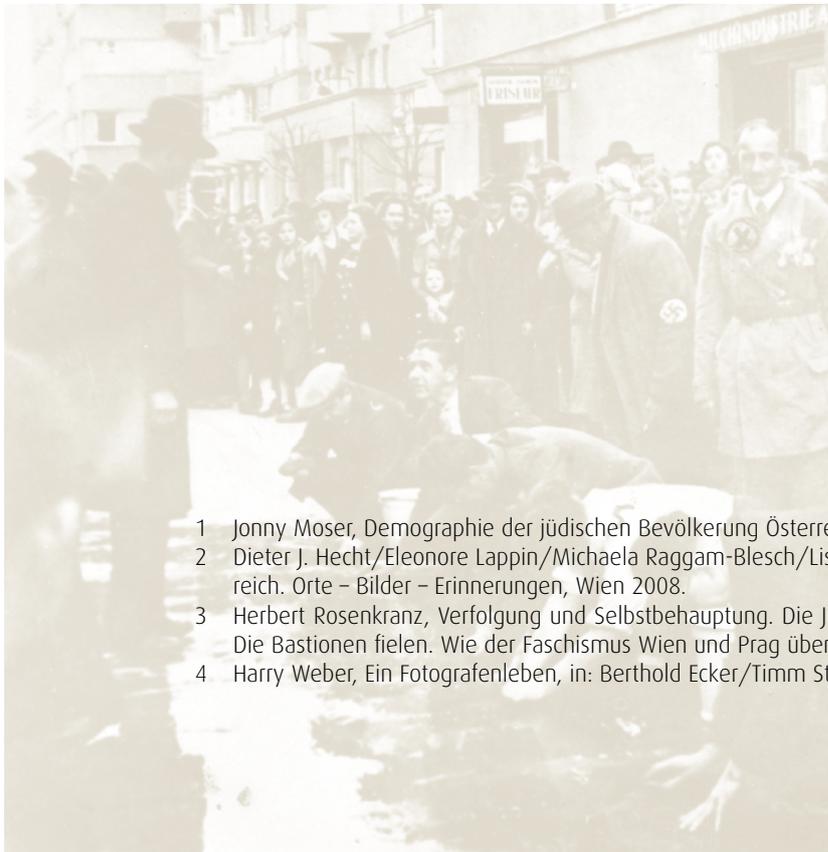
**Als → Adolf Hitler am 14. März in Wien** einzog, wurde er auf den Straßen von jubelnden Menschenmassen begrüßt. Seine Rede auf dem Heldenplatz am darauffolgenden Tag wurde von der zahlreich erschienen Wiener Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen.

# 1. Spontane Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung („Anschlusspogrom“), März–Mai 1938

**Der Großteil der jüdischen Bevölkerung** Österreichs (92 Prozent) lebte bereits vor 1938 in Wien.<sup>1</sup> Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im März 1938 wurden Jüdinnen und Juden aus den Bundesländern ausgewiesen und nach Wien vertrieben.<sup>2</sup> Damit wurde das Leben österreichischer Jüdinnen und Juden nach dem → „Anschluss“ im März 1938 praktisch über Nacht in dramatischer Weise verändert. Neben willkürlichen Verhaftungen und Plünderungen waren es vor allem die berüchtigten „Reibpartien“, die von der jüdischen Bevölkerung als traumatisierend erlebt wurden. Jüdinnen und Juden wurden gezwungen, die mit Ölfarbe angebrachten Österreich-Parolen der abgesehenen Volksabstimmung mit Bürsten und scharfer Lauge abzuwaschen. Besonders demütigend war für die Betroffenen dabei, dass diese Übergriffe

stets von Schaulustigen begleitet wurden, die das Geschehen manchmal mit Zustimmung und Spott kommentierten.<sup>3</sup> Der spätere Fotograf **Harry Weber** berichtet in seinen Erinnerungen von einem Erlebnis beim Gartenbaukino auf der Ringstraße:

„An ein Mal erinnere ich mich besonders, weil ich nach dem Krieg lange Zeit ganz in der Nähe beruflich tätig war. Es war direkt neben dem Café Gartenbau [...] Als ich damals vorbeiging, sah ich von Weitem viele Leute stehen, lachend und grölend, das Ganze war damals für viele Wiener ein Riesenspaß. Ich sah einige alte, bärtige Männer, Juden natürlich, kniend mit Kübeln und Fetzen, die von nazistischen Rüpel, jung und alt, angetrieben wurden [...]. Ich verstand sofort, was da vor sich ging, und wechselte auf die andere Straßenseite, um der Sache aus dem Weg zu gehen. Das nützte mir selbstverständlich gar nichts. Auch auf dieser Seite standen einige der lieben Wiener mit Hakenkreuzbinden [Anmerkung: das Zeichen der Nationalsozialisten] am Arm. Weil sie bemerkten, dass ich so plötzlich auswich, kam sofort die Frage: ‚Bist a Jud?‘ Ich antwortete mit Ja. Also brachte man mich auf die andere Seite, schon hatte ich auch einen Kübel, Fetzen und Bürste in der Hand und durfte die Straße reinigen. [...] Was blieb mir anderes übrig, als zu folgen. Wir Juden haben damals unter vielen Tritten die Straßen Wiens gut gereinigt.“<sup>4</sup>



- 1 Jonny Moser, Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945, Wien 1999, S. 16.
- 2 Dieter J. Hecht/Eleonore Lappin/Michaela Raggam-Blesch/Lisa Rettl/Heidemarie Uhl (Hg.), 1938. Auftakt zur Shoah in Österreich. Orte – Bilder – Erinnerungen, Wien 2008.
- 3 Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945, Wien 1978, S. 22; G.E.R. Gedye, Die Bastionen fielen. Wie der Faschismus Wien und Prag überannte, Wien 1947.
- 4 Harry Weber, Ein Fotografenleben, in: Berthold Ecker/Timm Starl (Hg.), Harry Weber. Das Wien Projekt, Wien 2007, S. 377.



„Reibpartie“  
mit einer Menge  
an Schaulustigen vor  
dem Realgymnasium  
Hagenmüllergasse  
(Wien 3) am  
15. März 1938

„Reibpartie“ © DÖW

Lillian Bader beschreibt dies in ihren Erinnerungen:

**Jene Wohnbezirke**, in denen die orthodoxe jüdische Bevölkerung lebte, die aufgrund ihrer Kleidung sofort als Jüdinnen und Juden erkennbar waren, wurden von den NationalsozialistInnen mit besonderer Vorliebe für ihre Schikanen ausgewählt.

Die Übergriffe verdeutlichen die Recht- und Schutzlosigkeit, der Jüdinnen und Juden sprichwörtlich über Nacht ausgesetzt waren. Willkürliche Verhaftungen verstärkten das Gefühl der Rechtlosigkeit innerhalb der jüdischen Bevölkerung.

„Man hörte bereits von Verhaftungen und Übergriffen. ‚Warum?‘, fragten wir uns noch töricht in den ersten Tagen, wenn wir unter der Hand hörten, dass die → Gestapo-Männer [Geheime Staatspolizei] nachts, meistens in den frühen Morgenstunden, Wohnungen durchsuchten und Väter, Ehemänner und Brüder mitnahmen. [...] Bald lernten wir, nicht mehr nach dem ‚Warum‘ zu fragen, wenn wir hörten, dass Menschen der Gestapo in die Hände gefallen waren. [...] Jeden Tag stieg die Zahl der Vermissten. Wenn man das Haus verließ, konnte man nicht sicher sein, dass man wieder zurückkehren würde.“<sup>5</sup>

5 Lillian Bader, Ein Leben ist nicht genug. Memoiren einer Wiener Jüdin, Wien 2011, S. 213–215.

Diese erste Verhaftungswelle jüdischer Männer, die unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme einsetzte und vor allem wohlhabende Geschäfts- und Betriebsinhaber, Künstler, Intellektuelle, Ärzte, Ingenieure und Rechtsanwälte betraf, diente vorwiegend der Enteignung und Vertreibung. Geschäftsinhaber wurden dabei zum Überschreiben ihres Besitzes gezwungen. Häftlinge, die in die → Konzentrationslager in Dachau und Buchenwald überstellt wurden, kamen nach dem Vorweisen einer Auswanderungsmöglichkeit durch Angehörige in der Regel wieder frei.<sup>6</sup>

Besonders belastend waren die Ereignisse des → „Anschluss“ → Pogroms für jüdische Kinder.

**Erika Lorch**, die kurz vor der nationalsozialistischen Machtübernahme ihren achten Geburtstag gefeiert hatte, erinnert sich an die Zeit:

„Hier war mein Zuhause und auf einmal spuckt man mir ins Gesicht. Die netten Leute, die mir vorher sagten ‚Du bist so herzlich‘ und mir Zuckerln gegeben haben, bedrohten mich plötzlich. Ich glaube, das ist in jedem Alter eine schlimme Erfahrung, aber besonders schlimm ist sie für ein Kind. [...] Ich habe jeden angeschaut und mir gedacht: ‚Wird er mich hauen? Wird er mir wehtun? Wird er uns berauben? Wird er mir meinen Vater nochmals wegnehmen?‘<sup>7</sup>

## VERFOLGTE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

Neben der jüdischen Bevölkerung wurden auch Angehörige der Volksgruppe der Roma und Sinti im NS-Regime als „minderwertig“ stigmatisiert und verfolgt. Menschen dieser Volksgruppe waren auch bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten verschiedenen → Diskriminierungen ausgesetzt. Nach dem so genannten → „Anschluss“ wurden Roma und Sinti vom Schulbesuch ausgeschlossen, Enteignungen und willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt, der Zwangsarbeit unterworfen und schließlich deportiert.

Auch Menschen anderer Religionsgemeinschaften (Zeugen Jehovas), anderer sexueller Orientierungen (Homosexuelle), Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen sowie Menschen (vor allem Jugendliche), die sich dem extremen Gruppenzwang der nationalsozialistischen Gesellschaft nicht unterwarfen und im NS-Regime als „asozial“ bezeichnet wurden, waren Verfolgungen ausgesetzt.

6 Hecht u.a., 1938, S. 17.

7 Erika Lorch in: Erzählte Geschichte, S. 124–126.

## 2. Wege der Ausgrenzung

Im Laufe des Jahres 1938 wurde die jüdische Bevölkerung einer Reihe von diskriminierenden Verordnungen unterworfen und von Parkanlagen und Lokalen ausgeschlossen. **Vilma Neuwirth**, 1928 geboren, erinnert sich an diese Zeit:

„Einige Wochen waren seit dem Einmarsch Hitlers vergangen und wir wurden mit neuen Auflagen versorgt. Wir durften keine Parks mehr betreten. Bei den Eingängen und auf den Parkbänken stand ‚nur für Arier‘. An allen Geschäften stand: ‚Juden Eintritt unerwünscht‘. [...] Kurz darauf bekamen wir Identitätsausweise. Die Männer mussten den Namen Israel und die Frauen den Namen Sara

annehmen. Da mir der Name Sara nicht gefiel, schrieb ich ‚Sahara‘ in den Ausweis.“<sup>8</sup>

Die Verordnung, einen Zusatznamen anzunehmen und eine „jüdische Kennkarte“ ausstellen zu lassen, diente dazu, Jüdinnen und Juden als solche sichtbar zu machen und zu diskriminieren. Angesichts der für die jüdische Bevölkerung immer stärker begrenzten Möglichkeiten zu handeln, war die spontane Reaktion der damals 10-jährigen Vilma Neuwirth auf diese ihr aufgezwungene Ausgrenzungsmaßnahme ein bemerkenswerter Akt der Selbstbehauptung.



Junge jüdische Frau (Lizi Rosenfeld) auf einer Parkbank mit der Aufschrift „Nur für Arier“. Die diskriminierenden Aufschriften waren innerhalb kurzer Zeit nach der nationalsozialistischen Machtübernahme auf fast allen Bänken in Parkanlagen zu finden.

<sup>8</sup> Vilma Neuwirth, Glockengasse 29. Eine jüdische Arbeiterfamilie in Wien, Wien 2008, S. 75.

## VERBOTE UND VERORDNUNGEN GEGEN DIE JÜDISCHE BEVÖLKERUNG

### Verbote und Verordnungen gegen die jüdische Bevölkerung (Auswahl) – März–Dezember 1938

#### 20. Mai 1938: Die „Nürnberger Rassegesetze“ werden in Österreich eingeführt.

Im NS-Regime wurden Menschen als „Arier“ („Deutschblütige“) und „Nichtarier“ klassifiziert. Menschen, die aus jüdischen Familien kamen, galten als „nichtarisch“ und damit als minderwertig. „Nichtarier“ verloren nach und nach ihre Rechte und waren massiven Verfolgungen ausgesetzt. Mit den „Nürnberger Gesetzen“ vom 15. September 1935 wurden auch Personen als „jüdisch“ eingestuft, die aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ausgetreten waren. Auch Menschen, die nur zu einem Teil jüdische Familienmitglieder hatten („Mischlinge“), wurden diskriminiert.



© US Holocaust Memorial Museum, Public Domain

„Nürn-  
berger  
Rassen-  
gesetze“

#### 24. Juni 1938: Polizeiliche Verordnung des Betretungsverbot für Jüdinnen und Juden von Parkanlagen in Wien

Verordnung des Wiener Polizeipräsidenten, die Jüdinnen und Juden den Aufenthalt in Park- und Gartenanlagen (Schlosspark Schönbrunn, KaiPark, Lainzer Tiergarten, Türkenschanzpark, Stadtpark) verbot. Ähnliche Verordnungen ergingen in ganz Österreich und bezogen sich bald auf alle Grünanlagen.



© Yad Vashem

Betre-  
tungsver-  
bot

#### 23. Juli 1938: Jüdische Kennkartenpflicht

Die nach den „Nürnberger Gesetzen“ als „Jüdinnen“ und „Juden“ definierten Personen mussten bis zum 31. Dezember 1938 eine Kennkarte (Personalausweis) ausstellen lassen, die sie als „Jüdinnen“ und „Juden“ auswies, und waren verpflichtet, diese immer bei sich zu tragen. Dokumente dieser Art dienten im → Nationalsozialismus dazu, Menschen als jüdisch erkennbar zu machen und damit Verfolgungen auszusetzen.

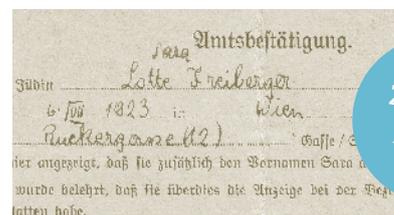


© Dokument, Sammlung Cech

Jüdische  
Kennkarte

#### 17. August 1938: Jüdische Zusatznamen.

Jüdinnen und Juden mussten ab 1. Jänner 1939 einen Zusatznamen annehmen – männliche Personen den Namen „Israel“ und weibliche Personen den Namen „Sara“. Damit wurden jüdische Männer und Frauen als solche erkennbar gemacht und Verfolgungen ausgesetzt.



©Dokument, Sammlung Freiberger

Zusatz-  
name



Jüdischer  
Reisepass  
mit „J“

#### 5. Oktober 1938: Kennzeichnung jüdischer Pässe

Reisepässe von Jüdinnen und Juden wurden mit dem Buchstaben J in roter Farbe gekennzeichnet. Damit wurde Jüdinnen und Juden auch die Einreise in einige Länder erschwert, da sie sofort als jüdisch erkennbar waren.

© Leo Baeck Institute, New York

## 2.1 Boykott und Enteignung von jüdischen Geschäften

**Unmittelbar nach dem** → „Anschluss“ begann in allen Teilen der Stadt die öffentliche Kennzeichnung jüdischer Geschäfte und Restaurants mit diskriminierenden Inschriften, damit diese leichter erkannt und boykottiert werden konnten. Gleichzeitig wurde die nichtjüdische Bevölkerung auch aufgefordert, nicht mehr in jüdischen Geschäften einzukaufen, wobei ein Zuwiderhandeln oft mit öffentlicher Ächtung einherging. Jüdische GeschäftsinhaberInnen wurden öffentlich erniedrigt und teilweise auch dazu gezwungen, die Beschriftungen selbst durchzuführen. In einigen Fällen wurden auch jüdische Kinder dazu genötigt.<sup>9</sup>

Jüdisches Lokal mit beschmierten Fensterscheiben mit der diskriminierenden Aufschrift „Jud“ und dem Aufruf, nicht bei Juden zu kaufen.



© ÖNB/Wien ÖGZ H4920/3

Neben dem Boykott jüdischer Geschäfte setzten unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die behördlichen und privaten Enteignungen (→ „Arisierungen“) von Geschäften, Wohnungen und Häusern ein (siehe dazu auch S. 11). Die schutzlosen und eingeschüchterten jüdischen MieterInnen und EigentümerInnen sahen meist keine Möglichkeit, sich gegen Ansprüche von nationalsozialistischen Parteimitgliedern oder NachbarInnen zu widersetzen, die sich ohne Erlaubnis Zutritt verschaffen und Gegenstände entwenden konnten. Willkürliche Hausdurchsuchungen, Raub von Geld, Schmuck und Kunstgegenständen sowie die Verwüstung der Wohnung gehörten unter dem nationalsozialistischen Terror-Regime zum Alltag der jüdischen Bevölkerung.<sup>10</sup>

Ein jüdisches Kind wird zu antisemitischen Beschmierungen gezwungen. Heinestraße (Wien 2), März 1938



© ÖNB/Wien ÖGZ H4920/2

<sup>9</sup> Hans Safrian/ Hans Witek, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938, Wien 2008, S. 70f.

<sup>10</sup> Dieter J. Hecht, „Arisierungen“ – der große Raubzug, in: Dieter J. Hecht/Eleonore Lappin-Eppel/Michaela Raggam-Blesch/Heidmarie Uhl (Hg.), Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien, Wien 2014 (in Vorbereitung). Alexandra Reinighaus (Hg.), Recollecting. Raub und Restitution, Wien 2009, S. 77f.

## 2.2 Vertreibung aus Wohnungen

Die Vertreibung jüdischer Mieterinnen und Mieter setzte ebenfalls bald nach dem → „Anschluss“ ein. Die Gier nach jüdischen Wohnungen stand auch im Zusammenhang mit dem Wohnungsmangel in Wien, da aufgrund der in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg herrschenden Armut und Wohnungsknappheit viele Menschen in desolaten Verhältnissen lebten. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1938 sahen viele Wienerinnen und Wiener die Chance, ihre Lebensverhältnisse auf Kosten der jüdischen Bevölkerung zu verbessern.

Insgesamt kann man davon ausgehen, dass bis zum Ende des Jahres 1938 etwa 44.000 ehemals jüdische Wohnungen an nichtjüdische WienerInnen weitergegeben wurden. Delogierte (also aus ihren Wohnungen gekündigte) Jüdinnen und Juden mussten sich daraufhin mit wesentlich schlechteren und kleineren Unterkünften begnügen oder mit anderen jüdischen Familien zusammenziehen. Insgesamt wurden in Wien etwa 65.000 Wohnungen „arisiert“ (enteignet).<sup>11</sup>

Amtliche Aufforderung zur Kündigung jüdischer Hausparteien an den Hauseigentümer der Hernalser Hauptstraße 119, (Wien 17). Wien am 18.6.1938. Damit wird deutlich, dass auch die nichtjüdische Bevölkerung unter Druck gesetzt wurde, die nationalsozialistische Ausgrenzungspolitik mitzutragen.

.....Hausigentümer.....  
 ----- Wien 17 -----  
 ... Hauptstr. 119.....  
 Nachdem Sie wissen, dass Wien eine deutsche Stadt werden muss und sich in Ihrem Hause  
 .. 17. Bez. .... Hauptstr. .... Nr. 119..  
 noch immer rassofremde Mieter befinden, fordern wir Sie auf, den letzteren sofort zu kündigen.  
 Das Wohnungsreferat des Kreises VIII, Wien 18, Martinstr. 100c, kleiner Sitzungssaal, ist binnen 14 Tagen durch Vorlage der ~~genügenden Aufschätzung~~ von der Durchführung dieser Verfügung zu verständigen.  
 Sie werden aufmerksam gemacht, dass eine Nichtbeachtung dieser Verfügung als Störung des beabsichtigten grossen Aufbauwerkes betrachtet und jede derartige Handlung als gegen die Partei gerichtet gewertet wird.

Heil Hitler!

NSDAP, Gau Wien, Kreis 8  
 Wohnungs-Referat  
 Wien, 18., Hauptstr. 10

© DÖW

<sup>11</sup> Brigitte Bailer-Galanda/Eva Blimlinger/Susanne Kowarc, „Arisierung“ und Rückstellung von Wohnungen in Wien, Historikerkommission, Bd. 14, Wien 2004, S. 142f; Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik, Wien 1975, S. 14–19, 60.

Aufgrund der oft kurzfristigen Delogierungen (Wohnungsausweisungen) waren jüdische Mieterinnen und Mieter immer wieder von vorübergehender Obdachlosigkeit bedroht. Die 1921 geborene **Judith Hübner** verbrachte gemeinsam mit ihren Eltern und ihrer achtjährigen Schwester Edith eine Nacht mit all ihren Habseligkeiten auf der Straße, da sie nach der Delogierung aus ihrer Wohnung im 4. Bezirk die ihnen zugewiesene Unterkunft erst am darauffolgenden Tag beziehen konnten.

„[...] so sind wir mit den Möbeln über Nacht vom 31. Oktober bis zum 1. November auf der Straße gestanden, in der Rittergasse, mit all unserem Kram. Und es fing an ein bisschen Schnee und Regen [...] Ende Oktober ist Wien nicht sehr sommerlich. Wir haben das mit verschiedenen Decken überdeckt und sind dort gestanden. Wenn Leute vorbeigekommen sind – wir haben eigentlich Glück gehabt – denn jeder, der vorbeigegangen ist, hätte ruhig was mitnehmen können. Keiner hätte irgendetwas nur gesagt, weder die Polizei noch irgendjemand. Und man hat uns dort stehen lassen, aber das war fürchterlich. In

erster Linie war es kalt. In zweiter Linie sind viele Dinge dadurch kaputt gegangen. Aber was das Schlimmste war, die Erniedrigung. Leute sind vorbeigegangen und haben uns da angeschaut, wie wir da mit dem ganzen Kram draußen stehen. [...] Das war fürchterlich, fürchterlich! Und so sind wir die ganze Nacht gestanden und am nächsten Tag in der Früh konnten wir dann schon in die neue Wohnung hinein.“<sup>12</sup>

Mit dem am 30. April 1939 erlassenen „Reichsgesetz über Mietverhältnisse mit Juden“ wurde der Mieterschutz von jüdischen Mieterinnen und Mietern gegenüber nichtjüdischen Vermieterinnen und Vermietern reichsweit praktisch aufgehoben. Des Weiteren waren jüdische MieterInnen damit verpflichtet, auf Verlangen der Behörden jüdische UntermieterInnen aufzunehmen. Damit verloren sie das Recht, über ihre Wohnungen zu bestimmen, da mehr und mehr Menschen eingewiesen wurden. Dies führte zur Entstehung der sogenannten „Sammelwohnungen“, wo Jüdinnen und Juden in bedrängten Verhältnissen lebten und sich mehrere Familien eine Wohnung teilen mussten.<sup>13</sup>

## 26. APRIL 1938: VERORDNUNG, VERMÖGENSWERTE ANZUMELDEN

Am 26. April 1938 wurden Jüdinnen und Juden mit einer Verordnung dazu verpflichtet, Vermögenswerte über 5.000 Reichsmark anzumelden. Damit wurde der Raub jüdischen Vermögens zu einem scheinlegalen, staatlich geregelten Vorgang. Eine eigens dafür eingerichtete Behörde, die „Vermögensverkehrsstelle“, organisierte und überwachte fortan die Enteignung (→ „Arisierung“) jüdischer Betriebe. Den Enteigneten wurden lediglich geringfügige Beträge zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten gewährt. Jüdinnen und Juden, die aus Österreich flüchteten, mussten ihr Vermögen zurücklassen und durften das Land nur im Besitz weniger Reichsmark verlassen.<sup>1</sup>

1 Hecht u.a., 1938, S. 25.

12 Interview mit Judith Hübner am 3.10.2002 von Dieter J. Hecht, in: Mutterland-Vatersprache. Eine Dokumentation des Schicksals von ehemaligen ÖsterreicherInnen in Israel, DVD, Tel Aviv 2005.

13 Bruno Blau, Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945, Düsseldorf 1965, S. 68–71.

## 2.3 Berufsausschluss

Jüdinnen und Juden wurden innerhalb kürzester Zeit aus ihren beruflichen Stellungen gekündigt, wodurch ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung bald nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ohne Einkommen war. Die frühe Maßnahme des Berufsausschlusses führte zu einer raschen Verarmung der jüdischen Bevölkerung. Der 1923 in Wien als Erich Feier geborene **Ephraim Lahav**, der Anfang 1939 mit seiner Familie aus einer Wohnung im 1. Bezirk delogiert (ausgewiesen) wurde und gemeinsam mit Eltern, Großmutter und Bruder in eine Sammelwohnung in die Leopoldstadt übersiedeln musste, beschreibt den sozialen Abstieg seiner Familie:

„Bis dahin, fast unbemerkt, aber dennoch mit beißender Härte, vollzog sich in meiner Familie ein Prozess der Deklassierung. Wir hatten zwar immer in sehr bescheidenen Verhältnissen gelebt, waren aber nie auf Wohltätigkeit angewiesen. Jetzt waren wir es. Gegenüber unserer Wohnung befand sich eine jüdische Ausspeisung. Eine Zeitlang zögerten wir, aber als das Geld immer knapper wurde, haben wir uns dort eintragen lassen und uns täglich das Mittagessen abgeholt, die einzige warme Mahlzeit am Tag. Aus schaffenden Menschen waren wir zu Bettlern geworden.“<sup>14</sup>

Große Betriebe entließen ihre jüdischen MitarbeiterInnen meistens noch vor den gesetzlichen Regelungen, da die Bezeichnung „arisches Unternehmen“ als besonders werbewirksam galt. Ende

März 1938 erfolgte der Ausschluss von Jüdinnen und Juden vom Justizdienst (RichterInnen, RechtsanwältInnen und StaatsanwältInnen). Auch Ärztinnen und Ärzte wurden nach und nach aus Spitälern ausgeschlossen und durften schließlich ab 30. September 1938 nicht mehr arbeiten. Eine kleine Zahl, die sich nun „Krankenbehandler“ nennen musste, durfte nur mehr jüdische PatientInnen behandeln, was „arischen“ (nichtjüdischen) ÄrztInnen hingegen verboten war. Nachdem rund die Hälfte aller Wiener Rechtsanwälte und Ärzte nach den „Nürnberg Gesetzen“ als Jüdinnen und Juden galten, hatte das nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die Justiz und das Gesundheitswesen.<sup>15</sup>



<sup>14</sup> Ephraim Lahav, in: Erzählte Geschichte, S. 122.

<sup>15</sup> Joseph Walk (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg 1981, S. 234. Barbara Sauer/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.), Advokaten 1938. Das Schicksal der in den Jahren 1938 bis 1945 verfolgten österreichischen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Wien 2010, S. 29–58.

Ausschluss aus der Schule: Jüdische SchülerInnen wurden ab April 1938 aus den Gymnasien und ab Mai 1938 auch aus den Grundschulen ausgeschlossen.

## 2.4 Ausschluss aus der Schule

Auch jüdische Schülerinnen und Schüler wurden nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ausgegrenzt. Sie mussten von nichtjüdischen Kindern getrennt in separaten Bankreihen sitzen, bis sie schließlich im April (Gymnasien) und Mai (Grundschule) 1938 aus der Schule ausgeschlossen wurden.<sup>16</sup>

**Martha Blend**, zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme gerade acht Jahre alt, beschreibt dieses für sie einschneidende Erlebnis in ihren Erinnerungen:

„Zu diesem Zeitpunkt wurde eine Maßnahme eingeführt, die mich persönlich betraf: Einer Verordnung zufolge durften jüdische Kinder nicht mehr gemeinsam mit arischen Kindern unterrichtet werden. Sie mussten deshalb eine separate Schule besuchen. Bis jetzt hatte mich meine Lehrerin als Vorzugsschülerin betrachtet, die sich mit Begeisterung an jede Aufgabe machte. Wie stimmte dies mit der offiziellen Ansicht überein? Da ich mich nicht geändert hatte, war diese Vorverurteilung umso schwerer zu ertragen. Plötzlich war ich von dem Ort, der mir ein sicherer

Hafen gewesen war, von der Lehrerin, die ich gerne gemocht hatte, und von den Kindern, die ich gut kannte, darunter meine Freundin Grete, abgeschnitten. Ich musste das Schulgebäude jetzt durch einen anderen Eingang betreten, teilte ein Klassenzimmer mit anderen, mir fremden Kindern [...]“<sup>17</sup>

Der Ausschluss jüdischer SchülerInnen und die Gründung eigener „Judenschulen“ führten zu schlechten Unterrichtsbedingungen, überfüllten Klassen und unregelmäßigem Schulbesuch.



16 Anordnung des Wiener Stadtschulratspräsidenten über den Ausschluss jüdischer SchülerInnen, da „eine gemeinsame Erziehung der arischen und jüdischen Schüler unmöglich“ sei. Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 18, 29.4.1938, S. 6. Amtsblatt der Stadt Wien, Nr. 21, 20.5.1938, S. 5.

17 Martha Blend, Ich kam als Kind. Erinnerungen, Wien 1998, S. 43

### 3. Novemberpogrom – Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung

Mit den als Novemberpogrom bekannten Ausschreitungen und Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung im gesamten Deutschen Reich wurde eine neue Eskalationsstufe des nationalsozialistischen Terror-Regimes erreicht. Dabei wurde die Verzweiflungstat eines jüdischen Flüchtlings in Paris instrumentalisiert, um einen Vorwand zur grundlegenden Entrechtung der jüdischen Bevölkerung zu haben. Flucht war nur unter Zurücklassung des Vermögens möglich.

In Wien wurden in der Nacht vom 9. bis zum 10. November 1938 insgesamt 42 → Synagogen und Bethäuser zerstört, wobei die meisten zuerst mit Handgranaten gesprengt und dann in Brand gesteckt worden waren. Die restlichen Bethäuser

wurden geplündert und verwüstet.<sup>18</sup> Des Weiteren wurden im Verlauf des → Pogroms (Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung) zwischen 6.547 und 7.800 Menschen verhaftet und oft mehrere Tage lang misshandelt, gedemütigt und terrorisiert. Der Großteil der Verhafteten wurde daraufhin in das berüchtigte → Konzentrationslager Dachau deportiert.<sup>19</sup> Neben den Zerstörungen von → Synagogen und Bethäusern wurden auch jüdische Geschäfte und Wohnungen geplündert und verwüstet. Der von den Nationalsozialisten geprägte Begriff der „Reichskristallnacht“ bezieht sich auf die Menge an zerbrochenem Glas, das sich im Zuge der Ausschreitungen auf den Straßen häufte und für die jüdische Bevölkerung zum Symbol des erlebten Terrors wurde.

#### NOVEMBERPOGROM 1938

Mit einem Attentat auf den deutschen Botschafter Ernst von Rath am 7. November 1938 wollte Herschel Grynszpan, ein jüdischer Flüchtling in Paris, auf die verzweifelte Lage seiner Angehörigen hinweisen, die als staatenlose Jüdinnen und Juden aus Deutschland an die polnische Grenze abgeschoben worden waren und dort tagelang bei Regen und Kälte ausharren mussten. Die Verzweiflungstat von Grynszpan diente den nationalsozialistischen Machthabern als willkommenen Vorwand, um die Verfolgungsmaßnahmen zu radikalieren und wurde zum Anlass für eine groß angelegte „Racheaktion“ in Form von Brandlegungen, Plünderungen und auch Morden an der jüdischen Bevölkerung.<sup>1</sup>

1 Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht, Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt 2000, S. 122–125; Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, S. 158–159.

18 Herbert Rosenkranz, „Reichskristallnacht“. 9. November 1938 in Österreich, Wien 1968, S. 38

19 Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht*, S. 126. Rosenkranz, „Reichskristallnacht“, S. 45, 56.

Rita Koch, zum Zeitpunkt des Novemberpogroms gerade sieben Jahre alt, beobachtete vom elterlichen Schlafzimmer aus die Ausschreitungen in ihrer Nachbarschaft im 2. Bezirk in Wien:

„Meine Mutter hat an diesem 10. November meinen Vater ins Bett abkommandiert. Damals hat man noch die Vorstellung gehabt, wenn man krank ist, wird man ihm nichts tun, also hat sie ihm einen Wickel um den Hals und um den Kopf gegeben, und er musste im Bett liegen. Ich war bei ihm im Zimmer und hab' die ganze Zeit mich so an den Rand der Fenster geschlichen, hab' mich geduckt, und so hab' ich immer rausgesehen auf die Straße. Das war die Rotensterngasse, Ecke Kleine Mohrengasse. In der Kleinen Mohrengasse hat es eine jüdische Bibliothek gegeben, die hat sofort gebrannt. Dann hat man gehört, dass in der Zirkusgasse, dort hat's eine herrliche sephardische → Synagoge gegeben, die Kuppel der Synagoge eingestürzt ist. Der ganze Bezirk hat gezittert von der Erschütterung des Einsturzes. Den ganzen Tag hat man die Leute über die Straße geschleift, das hab' ich gesehen, wie man sie über die Gasse schleift und schlägt und sie verspottet.“<sup>20</sup>

Die umfassende Liste an Verordnungen, die unmittelbar nach dem Novemberpogrom erlassen wurden, illustriert die Entrechtung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden.

## VERORDNUNGEN

### Verordnungen nach dem Novemberpogrom 1938

- **12. November 1938:** „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes“. Damit musste die jüdische Bevölkerung selbst für die Schäden aufkommen, die im → Pogrom angerichtet worden waren.
- **12. November 1938:** Als „Strafe“ für ein Attentat in Paris (siehe Infokasten S. 16) wurde der Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich eine „Sühneleistung“ von insgesamt einer Milliarde Reichsmark auferlegt, die Jüdinnen und Juden anteilmäßig als „Vermögensabgabe“ bezahlen mussten.
- **12. November 1938:** „Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“. Durch den Ausschluss aus dem Wirtschaftsleben wurde der jüdischen Bevölkerung die Lebensgrundlage entzogen.
- **12. November 1938:** Offizielles Verbot des Besuchs von Theatern, Lichtspielhäusern, Konzerten und Ausstellungen.
- **8. Dezember 1938:** Universitätsausschluss. Jüdinnen und Juden werden endgültig aus den Universitäten ausgeschlossen und ihnen wird wissenschaftliche Betätigung an den Hochschulen und Bibliotheken verboten.

20 Rita Koch in: Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), Band 3: Jüdische Schicksale, Wien 1992, S. 119.

## 4. Versuch der Flucht und Vertreibung

Aufgrund der Verfolgung versuchten viele österreichische Jüdinnen und Juden bereits kurz nach dem → „Anschluss“ das Land zu verlassen. In Österreich war das Novemberpogrom 1938 eine weitere Eskalationsstufe des nationalsozialistischen Terror-Regimes gegenüber der jüdischen Bevölkerung, wobei die Gewaltaktionen ab diesem Zeitpunkt auch internationale Aufmerksamkeit erregten.

Obwohl die Nationalsozialisten daran interessiert waren, die jüdische Bevölkerung zu vertreiben, war die Auswanderung ein aufwändiger bürokratischer Prozess, da es den NS-Behörden auch darum ging, Jüdinnen und Juden vor ihrer Flucht ihres Vermögens zu berauben. Auswanderungswillige mussten bei den verschiedensten Ämtern Bestätigungen einholen und Abgaben bezahlen, bevor sie die für ihre Ausreise notwendigen Dokumente und einen Pass erhielten.

### Strenge Einwanderungsbestimmungen

Wegen der strengen Einwanderungsbestimmungen vieler Länder sowohl in Europa als auch in Übersee und der Beraubung durch die Behörden waren viele Jüdinnen und Juden der Armut preisgegeben. Es gelang daher nur einem Teil der fluchtbereiten jüdischen Bevölkerung, das Land zu verlassen. Besonders schwierig war es für ältere Menschen, eine Fluchtmöglichkeit zu finden.<sup>21</sup>

Juden stellen sich um Pässe an (Polizeikommisariat Margareten, Wehrgasse 1)



© ÖNB/Wien ÖGZ H5175/13

21 Hecht u.a., 1938, S. 29.

## Kindertransporte

Nach den Ereignissen des Novemberpogroms und dem auch im Ausland bekannt gewordenen Terror an der jüdischen Bevölkerung erklärte sich die britische Regierung bereit, verfolgte jüdische Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 17 Jahren aufzunehmen, die an Pflegefamilien weitervermittelt wurden. Weitere Länder folgten diesem Beispiel. Daraufhin wurden sogenannte „Kindertransporte“ organisiert. In Österreich gelangte die überwiegende Mehrheit der insgesamt 2.844 ins Ausland verschickten jüdischen Kinder nach England. Nur einem geringen Teil der Eltern gelang es, den Kindern ins Ausland nachzufolgen.<sup>22</sup>

Mit dem Ausbruch des Krieges im September 1939 mussten die „Kindertransporte“ eingestellt werden. Ab diesem Zeitpunkt erschwerten sich die Auswanderungsmöglichkeiten nochmals erheblich, da die in den Krieg eingetretenen Länder als Fluchtländer wegfielen und damit vorwiegend Fluchtziele in Übersee (Nordamerika, Südamerika, Australien, China, Afrika) in Frage kamen. Eine Flucht in diese Länder war jedoch mit beträchtlich höheren Reisekosten und einem weitaus größeren organisatorischen Aufwand verbunden.

Mit so genannten Kindertransporten in andere europäische Länder versuchten viele Familien, ihre Kinder vor der Verfolgung zu retten.



<sup>22</sup> Rosa Rachel Schwarz, Aus der Sozialarbeit der Kultusgemeinde Wien, S. 2–3.

## 5. Zunehmender Ausschluss aus dem öffentlichen Leben (1939–1942)

Nach dem Überfall deutscher Truppen auf Polen am 1. September 1939 erklärten England und Frankreich Deutschland den Krieg. Österreich war seit dem → Anschluss 1938 ein Teil des nationalsozialistischen Deutschlands und somit automatisch auch Kriegsteilnehmer.

Die unmittelbar nach dem Kriegsbeginn für die jüdische Bevölkerung eingeführten Ausgangssperren (Verbot, sich während eines gewissen Zeitraums frei auf der Straße zu bewegen) und eine Reihe weiterer Verbote verstärkten die Trennung zwischen den als „Ariern“ und „Nichtariern“ definierten Menschen im Alltag und bewirkten das Verschwinden der jüdischen Bevölkerung aus dem Straßenbild.<sup>23</sup> Der Ausschluss aus öffentlichen Grünanlagen wirkte sich dabei besonders negativ auf Kinder aus, die durch die beengten Wohnverhältnisse in den Sammelwohnungen kaum Möglichkeiten hatten, im Freien zu spielen.

### Anfeindung und Verrat ...

Die zahlreichen Betretungs- und Aufenthaltsverbote in der Öffentlichkeit betrafen vor allem Jugendliche und junge Erwachsene, die damit kaum Möglichkeiten hatten, einen altersgerechten Lebensstil zu führen. Ein Teil der Jugendlichen nahm die Gefahr einer Verhaftung in Kauf und besuchte regelmäßig verbotene Orte.<sup>24</sup> Kinobesuche waren besonders beliebt. **Ruth Klüger** beschreibt in ihrer Autobiographie einen Kinobesuch im Jahre 1940, da sie als knapp 9-jährige um jeden Preis

den Film „Schneewittchen“ sehen wollte. Diese Entscheidung hatte jedoch Konsequenzen:

„Es war Sonntag, wir waren in der Nachbarschaft bekannt, hier ins Kino zu gehen war eine Herausforderung. Meine Mutter war der Überzeugung, dass niemand sich darum kümmern würde, ob ein Kind mehr oder weniger im Saal säße [...] (Ich) zog also drauf los, wählte die teuerste Platzkarte, eine Loge, um nicht aufzufallen, und kam gerade dadurch neben die neunzehnjährige Bäckerstochter von nebenan und ihre kleinen Geschwister zu sitzen, eine begeisterte Nazifamilie. Ich hab diese Vorstellung ausgeschwitzt und hab nie vorher oder nachher so wenig von einem Film mitbekommen. Ich saß auf Kohlen, vollauf mit der Frage beschäftigt, ob die Bäckerstochter wirklich böse zu mir hinschielte, oder ob es mir doch nur so vorkäme. [...] Es war der reine Terror. Die Bäckerstochter zog noch ihre Handschuhe an, pflanzte sich endlich vor mir auf, und das Ungewitter entlud sich. Sie redete fest und selbstgerecht, im Vollgefühl ihrer arischen Herkunft, wie es sich für ein → BDM-Mädel schickte, und noch dazu in ihrem feinsten Hochdeutsch. [...] Es ging dann schneller vorbei als erwartet, für mich immer noch lang genug. Der Vertreterin unanfechtbarer Gesetzmäßigkeiten fiel nicht mehr viel ein. Wenn ich mich noch ein einziges Mal unterstehen tät, hierher zu kommen, so würde sie mich anzeigen, ich hätt' ja noch ein Glück, dass sie's nicht gleich täte.“<sup>25</sup>

23 Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht, Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt 2000, S. 211–214.

24 Dieter J. Hecht, Jüdische Jugendliche während der Shoah in Wien. Der Freundeskreis von Ilse und Kurt Mezei, in: Andrea Löw/Doris L. Bergen/Anna Hájková (Hg.), Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941–1945, München 2013, S. 108.

25 Ruth Klüger, Weiter leben, Eine Jugend, München 1995, S. 46–48.

### ...oder Solidarität und Mitgefühl

Angesichts der immer weitere Bereiche erfassenden Ausgrenzungsmaßnahmen waren Erfahrungen der Solidarität durch nichtjüdische MitbürgerInnen selten.

**Vilma Neuwirth**, 1928 geboren, beschreibt in ihren Erinnerungen den unerwarteten Besuch ihrer ehemals besten Freundin Hilde im Jahre 1940, die sofort nach der nationalsozialistischen Machtübernahme den Kontakt zu ihr abgebrochen hatte:

„An meinem zwölften Geburtstag, zwei Jahre, nachdem mich unter anderem auch meine beste Freundin Hilde nach dem Einmarsch Hitlers als ‚polnische Saujüdin‘ beschimpft hatte, klopfte es an unserer Wohnungstür. Wer stand draußen? Es war Hilde. Sie schaute mich ziemlich schuldbewusst an. Ich wusste nicht, wie ich mich verhalten sollte. [...] Ich hatte ihre Worte von damals noch sehr gut in Erinnerung. Sollte ich sie wegschicken? Oder doch nicht? Sie sagte dann: ‚Vilma, [...] hau mir eine runter, weil ich so ein G’frast war.‘ Daraufhin überlegte ich nicht sehr lange und wir fielen einander in die Arme.

Aber so ganz ungeschoren kam sie trotzdem nicht davon. Sie musste sich die ganze Palette von Schimpfwörtern anhören, die ich auf Lager hatte – und dieses Lager war nicht klein. [...] Ich war aber richtig froh, dass ich meine Freundin wieder hatte. Und von nun an kam sie jeden Tag zu uns, was aber nicht so einfach war: Im ersten Stock musste sie sich vor den Vanitscheks in Acht nehmen, in unserem Stockwerk vor den Lattenmeiers. Deren Küchenfenster ging ja auf den Gang hinaus und sie konnten jeden sehen, der zu uns kam. Hilde war es als ‚Arierin‘ strengstens verboten, mit Juden zu verkehren. Sie half sich ganz einfach, indem sie auf dem Bauch den Gang entlang zu unserer Wohnung robbte. So konnte sie vom Küchenfenster des SA-Mannes aus nicht gesehen werden. Zum Glück wurde sie nie erwischt. Sie nahm dieses Risiko auf sich, nur um zu uns zu kommen. Und sie kam jeden Tag.“<sup>26</sup>

Vilma Neuwirth und ihre Freundin Hilde, um 1940



© Sammlung Neuwirth

26 Vilma Neuwirth, Glockengasse 29. Eine jüdische Arbeiterfamilie in Wien, Wien 2008, S. 76–78

Erlebnisse dieser Art waren selten, aber es kaum auch zu kleineren Gesten der Solidarität, indem Jüdinnen und Juden beispielsweise Lebensmittel von Fremden zugesteckt bekamen. Vor allem Menschen aus dem Arbeitermilieu, mit denen Jüdinnen und Juden durch ihre Einteilung zur Zwangsarbeit (Verpflichtung zur Arbeit unter sehr schlechten Bedingungen, langen Arbeitszeiten und äußerst schlechter Verpflegung) in Kontakt kamen, erwiesen sich oft als weniger anfällig für die nationalsozialistische Propaganda, die vorschrieb, die jüdische Bevölkerung als „Feinde des deutschen Volkes“ zu betrachten.<sup>27</sup>

### Kriegsbeginn und Lebensmittelrationierungen

Nach Kriegsbeginn wurde eine allgemeine Rationierung (Aufteilung der vorhandenen Waren mittels Zuteilungskarten) für die Bevölkerung eingeführt. Jüdinnen und Juden wurden vom Bezug von Kleiderkarten und Schuhen ausgeschlossen, in ihren Fleischrationen laufend eingeschränkt und im Bezug der Seifenkarten schlechter gestellt. Bis zum September 1942 wurden Jüdinnen und Juden von der Zuteilung von Eier-, Milch- und Fleischwaren sowie von Weizenmehlprodukten ausgeschlossen. Die ihnen zustehenden beschränkten Lebensmittel mussten sie in eigens eingerichteten „Juden-Einkaufsstellen“ erwerben, die nur zwei Stunden am Tag geöffnet waren. Darüber hinaus war die Qualität der Waren schlecht, bisweilen waren Lebensmittel sogar verdorben.<sup>28</sup> **Lotte Freiberger**, die eine nichtjüdische Mutter hatte und deren Eltern daher in einer sogenannten „Mischehe“ lebten, beschreibt die Ernährungslage der jüdischen Bevölkerung in einem Interview:

„Meine Mutter hatte eine Lebensmittelkarte für ‚Arier‘, mein Vater und ich Karten für Juden. Im zweiten Bezirk in der Glockengasse [in Wien] gab es eine Einkaufsstelle für Zigeuner und Juden. Auf unserer Lebensmittelkarte war fast alles ungültig, kein Fleisch, keine Butter, kein Zucker, keine Milch, viel weniger Brot. Statt Butter gab es Knochenfett, das ganz grau war und aus dem man Seife erzeugte. Hie und da gab es Kopffleisch. Wir lebten oder hungerten von der einen ‚arischen‘ Karte meiner Mutter. Satt sein konnten wir zu dieser Zeit nicht.“<sup>29</sup>

### Verschlechterung der Lebensbedingungen

Im Zuge der Wohnungsdelogierungen wurden Jüdinnen und Juden von einer Sammelwohnung in die nächste vertrieben, wobei die immer ärmlicheren Bedingungen in den zugewiesenen Wohnungen den sozialen Abstieg der jüdischen Bevölkerung dokumentierten. Da gekündigten jüdischen Mieterinnen und Mietern oftmals unbewohnbare Räume zugewiesen wurden, verschlechterte sich der Gesundheitszustand der jüdischen Bevölkerung zusehends. Das am 30. Juni 1941 erlassene Verbot, Jüdinnen und Juden Wohnungen mit Badezimmer zuzuweisen, wirkte sich weiter erschwerend aus.<sup>30</sup> Einige autobiographische Texte berichten von den durch die bedrängten Verhältnisse verursachten Wanzenplagen.<sup>31</sup>

Bis zum Beginn der → Deportationen (Verschleppung) im Februar 1941 lebte der Großteil der jüdischen Bevölkerung bereits zusammengedrängt in „Sammelwohnungen“ in der Leopoldstadt. Diese lokale Konzentration erleichterte die Kontrolle und in weiterer Folge die Verfolgung und → Deportation der jüdischen Bevölkerung durch die NS-Behörden.<sup>32</sup>

27 Siehe dazu: Interview mit Lotte Freiberger von Michaela Raggam-Blesch am 30. 4. 2009 in Wien; Neuwirth, Glockengasse 29, S. 100; Klüger, Weiter leben, S. 51f.

28 Walk, Sonderrecht, S. 387; Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 280.

29 Lotte Freiberger in: Erzählte Geschichte, S. 203.

30 Joseph Löwenherz Collection am Leo Baeck Institute, AR 25055, Aktennotizen vom 30.6.1941.

31 Jonny Moser, Wallenbergs Laufbursche. Jugenderinnerungen 1938-1945, Wien 2006, S. 36; Klüger, Weiter leben, S. 61.

32 Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht, S. 220

## Verschärfte Kennzeichnungspflicht – der Judenstern

Ein markanter Einschnitt für das Leben der jüdischen Bevölkerung war die „jüdische Kennzeichnungspflicht“ vom September 1941, mit der Jüdinnen und Juden ab dem 6. Lebensjahr zum Tragen eines „Judensterns“ verpflichtet war und damit den Anpöbelungen durch die nichtjüdische Bevölkerung ausgesetzt wurde.<sup>33</sup>

Die damals zehnjährige **Ruth Klüger** schildert in ihren Erinnerungen die ersten Ausgänge mit dem „Judenstern“:

„Wir mussten die Dinger kaufen, und zwar bei der jüdischen Kultusgemeinde, die das Geld natürlich nicht behalten durfte, sondern den Handel für das Reich vermittelte. [...] Meine Mutter schätzte, zehn Stück würden reichen, kam damit nach Hause und hat sie vor meinen neugierigen Augen angenäht, an die Kleidungsstücke, die man

auf der Straße trägt, Mäntel, Jacken. Schnell hat sie die gelben Flecken angeheftet, mit dem verächtlichen Gesichtsausdruck, den ich bewunderte und mir zu eigen machen wollte. [...] Man war nicht sicher, wie die Bevölkerung auf die neue Verordnung reagieren würde, und so verließen wir am ersten Tag zusammen das Haus. Überall trafen wir Leute, die auch den Stern trugen. Ein neues Straßenbild. Eine Jüdin sagte schnell im Vorbeigehen zu meiner Mutter: ‚Er passt zu Ihrer Bluse.‘ Ich fand das mutig und witzig, meine Mutter war weniger beeindruckt.“<sup>34</sup>



September 1941:  
Kennzeichnungs-  
pflicht mittels  
„Judenstern“

© Sammlung Freiburger

<sup>33</sup> Walk, Sonderrecht, S. 347.

<sup>34</sup> Ruth Klüger, weiter leben, S. 50.

## Kennzeichnung jüdischer Wohnungen

Ab April 1942 mussten Wohnungen, in denen die als Jüdinnen und Juden Verfolgte lebten, mit einem weißen „Judenstern“ an der Tür gekennzeichnet werden, wodurch Mitarbeiter der → Gestapo (Geheimen Staatspolizei) und anderer nationalsozialistischer Organisationen in jedem Haus gezielt ihre Opfer suchen konnten. Ab 17. März 1943 hatten Juden und Jüdinnen im Auftrag der NS-Behörden nicht nur auf der Straße, sondern auch während Ausübung ihres Dienstes auf der Arbeitskleidung den „Judenstern“ zu tragen.<sup>35</sup>

Durch das Tragen des „Judensterns“ konnten Arbeits- und Freizeitwege gefährlich sein, weil die dadurch Gekennzeichneten durch ihn stigmatisiert und für jedermann angreifbar waren. Dita Goldfein, Krankenschwester im jüdischen Spital, wurde beispielsweise auf dem Weg zur Straßenbahnhaltestelle in der Operngasse in Wien auf offener Straße zusammengeschlagen. Sie wurde blutüberströmt ins jüdische Krankenhaus eingeliefert, wobei sie von den Kopfverletzungen eine Gesichtslähmung davontrug.<sup>36</sup> Um dieser Brandmarkung zu entgehen, gingen vor allem Jugendliche in der Anfangszeit dazu über, den Stern mit Stecknadeln oder Druckknöpfen an der Kleidung festzumachen, um ihn jederzeit ablegen und damit Orte besuchen zu können, die ihnen offiziell verboten waren.



© ÖNB/Wien ÖGZ H7076/5

Mit dem Stern gekennzeichnete jüdische Kinder und Jugendliche im Sammel-lager in der Kleinen Sperrgasse 2a vor der Deportation (Verschleppung), Wien 1941.

35 Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien, 10.4.1942. Weisung des Ältestenrates, 17.3.1943. Archiv der Israelitischen Kultus-gemeinde Wien, Bestand Jerusalem, AW 1379.

36 Interview mit Ditta Goldfein (Name anonymisiert) von Michaela Raggam-Blesch am 3.2.2011 in Wien.

Wer den „Judenstern“ nicht trug, setzte sich jedoch der Gefahr aus, verhaftet und deportiert zu werden, wie aus den Tagesberichten der → Gestapo (Geheimen Staatspolizei) aus den Jahren 1942/43 verstärkt hervorgeht.

Die 1922 in Wien geborene Schneiderin **Katharina Fischer** wurde im Februar 1943 ohne Stern angehalten und wegen „Unterlassung der jüdischen Kennzeichnungspflicht“ festgenommen. Am 14. April 1943 wurde sie in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert, wo sie am 11. Dezember 1943 ermordet wurde.<sup>37</sup>

### Jugendlicher Protest

Trotz der zuweilen drakonischen Strafen, mit denen das Verdecken oder Nichttragen des Sterns geahndet wurde, behielten viele der Jugendlichen dieses Verhalten bei.

Die 1929 geborene **Ruth Mirecki**, die in der NS-Zeit mit ihrer Familie in einer Sammelwohnung in der Leopoldstadt wohnte und als „Halbjüdin“ mit einer nichtjüdischen Mutter aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur jüdischen Religion den Stern tragen musste, reflektiert dies in einem Interview:

„Wenn man das heute erzählt, klingt das alles unsagbar dumm, weil man eigentlich für nichts ein Risiko eingegangen ist, das man damals nicht abgeschätzt hat. [...] Man hat's getan. Und vielleicht hat das auch dazu beigetragen: Man war stärker, wenn man sich weniger gefürchtet hat oder wenn man übermütig war, war man stärker. Man hat's leichter ertragen.“<sup>38</sup>

Erkennungs-  
dienstliche Datei  
der Gestapo  
(Katharina Fischer)



© Wiener Stadt- und Landesarchiv

37 Katharina Fischer in: „Nicht mehr anonym“. <http://www.doew.at/ausstellung/shoahopferdb.html> (30.6.2013).

38 Ruth Mirecki, Shoah Foundation Interview vom 25.11.1997 in Wien, Interview Code 38836, Transkript S. 9.

## 6. Deportationen und Opferstatistik. Konsequenzen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik

Mit Beginn der großen → Deportationen der Jahre 1941/42 wurde der Großteil der österreichischen jüdischen Bevölkerung deportiert. Zurück blieben Jüdinnen und Juden, die mit einem nichtjüdischen Partner verheiratet waren (so genannte „Mischehen“) und deren Kinder, die nach NS-Definition als „Halbjuden“ galten und durch ihren nichtjüdischen Elternteil geschützt waren, sowie ein kleiner Kreis an Mitarbeitern des „Ältestenrates“, der Nachfolgeorganisation der jüdischen Kultusgemeinde. Das Überleben von jüdischen und „teiljüdischen“ Mitgliedern „gemischter“ Familien war zusehends von den „arischen“ (nichtjüdischen) Familienmitgliedern abhängig, da nach einer Scheidung oder dem Tod des „nichtjüdischen“ Partners der Schutz beendet war. Nichtsdestotrotz wurden auch „Halbjuden“ und in „Mischehe“ lebende Jüdinnen und Juden immer wieder in die berüchtigten Sammellager (Lager für Jüdinnen und Juden vor ihrer → Deportation) gebracht, wo sie bis zur Aufklärung des Falles – soweit diese erfolgte – bleiben mussten.<sup>39</sup>

Die 1923 in Wien geborene **Lotte Freiberger**, die in der NS-Zeit als „Halbjüdin“ kategorisiert war, wurde dreimal aus der Wohnung ihrer Eltern abgeholt und beschreibt in einem Interview ihre unvorstellbare Nervenanspannung, bis sich die Lage aufklärte:

„Nach der ersten ‚Aushebung‘, bei der meine Tante geholt wurde, kamen sie noch dreimal zu uns, bei Tag und bei Nacht. Immer dieselbe Situation. Nachdem sie unsere Dokumente gesehen haben, sagten sie zu meinem Vater: ‚Sie können bleiben, die Tochter packt. Wir lassen die Papiere im Lager überprüfen und kommen wieder.‘ Das erste Mal rannte ich zum offenen Fenster, mein Vater zog mich noch an meinen Füßen zurück, der SS-Mann schrie: ‚Soll sie springen!‘ Dann wurde gepackt. Meine Mutter sagte: ‚Du gehst nicht alleine. Entweder wir alle oder keiner.‘ So packten wir drei Koffer, nähten Geld in Mäntel ein und warteten. Nach Stunden kam der SS-Mann mit meinen Papieren und sagte: ‚Sie kann bleiben.‘ Einige Tage später wurde wieder an unsere Tür geklopft. [...] Alles wiederholte sich.“<sup>40</sup>

Auch das Überleben der „geschützten“ jüdischen Bevölkerung war demnach bis zum Schluss nicht gesichert, da die Willkür ein bestimmendes Merkmal des NS-Terror-Regimes war.

39 Michaela Raggam-Blesch, „Mischlinge“ und „Geltungsjuden“. Alltag und Verfolgungserfahrungen von Frauen und Männern „halbjüdischer“ Herkunft in Wien, 1938–1945, in: Löw/ Bergen/Hájková (Hg.), Alltag im Holocaust, S. 81–97.

40 Lotte Freiberger in: Erzählte Geschichte, S. 197–205.

Einigen Jüdinnen und Juden gelang es, als sogenannte „U-Boote“ versteckt bis zum Kriegsende zu überleben, wobei sie der aktiven Mithilfe von nicht-jüdischen MitbürgerInnen bedurften, die ihnen eine Unterkunft bieten und sie mit Essen versorgen mussten. Beides war im nationalsozialistischen Terror-Regime verboten und damit sehr gefährlich. Einige Nichtjüdinnen und Nichtjuden nahmen diese Gefahr in Kauf, wobei sie damit auch → Widerstand gegen das NS-Regime leisteten.<sup>41</sup>

## **12. April 1945: Befreiung von der NS-Gewaltherrschaft durch die Alliierten**

Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft fand in Österreich am 12. April 1945 mit der Befreiung durch die russische Armee ein Ende. Mit der Kapitulation der deutschen Truppen am 8. Mai 1945 wurden die restlichen besetzten Länder in Europa durch die Alliierten (USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion) befreit und der Krieg offiziell beendet.

## **FOLGEN DES 2. WELTKRIEGS UND DES HOLOCAUSTS**

Schätzungen zufolge fanden über 65 Millionen Menschen während des Zweiten Weltkrieges den Tod, wobei die Mehrheit davon nicht als Soldaten bei Kampfhandlungen starb, sondern als ZivilistInnen umkamen oder ermordet wurden. Davon wurden über 13 Millionen Menschen in Ost-, Süd- und Westeuropa Opfer nationalsozialistischer Massenvernichtung: Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, Euthanasieopfer, Häftlinge von → Konzentrationslagern sowie sowjetische Kriegsgefangene, die gezielt dem Hungertod preisgegeben oder in → Konzentrationslagern ermordet wurden.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Dieter Pohl, Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1939–1945, Darmstadt 2003, S. 109f, 153; Wolfgang Benz (Hg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1996

<sup>41</sup> Brigitte Ungar-Klein, Leben im Verborgenen – Schicksal der „U-Boote“, in: Erzählte Geschichte, S. 604–670.

## DEPORTATIONSZAHLEN UND OPFERBILANZ IN ÖSTERREICH

Die Massendeportationen von österreichischen Jüdinnen und Juden in die → Ghettos und Vernichtungslager im Osten Europas begannen im Februar 1941 und waren im Herbst 1942 abgeschlossen. In den Jahren 1943 bis Anfang des Jahres 1945 gingen noch vereinzelt Transporte aus Wien ab. Einige Jüdinnen und Juden, die nach Frankreich, Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen sowie in ost- und südost-europäische Länder geflohen waren, wurden nach der deutschen Besetzung von diesen Ländern aus in Vernichtungslager deportiert und ermordet. **Von einer geschätzten Bevölkerungszahl von 201.060 nach NS-Gesetzen als jüdisch definierten Personen im März 1938 wurden insgesamt 65.459 österreichische Jüdinnen und Juden Opfer der Shoah.**<sup>1</sup>

Aber nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern auch andere Gruppen wurden Verfolgungen ausgesetzt. **Von den insgesamt rund 11.000 Roma und Sinti, die vor 1938 in Österreich lebten, wurden mehr als 80 Prozent (etwa 9.000 Menschen) Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.**<sup>2</sup>

Homosexualität (gleichgeschlechtliche Liebe) war ebenfalls ein Verfolgungsgrund. Man geht davon aus, dass von 10.000–15.000 wegen ihrer Homosexualität inhaftierten Männern etwa 53% in den → Konzentrationslagern ermordet wurden. **Für Österreich sind etwa 3.000 Fälle dokumentiert, in denen Homosexualität gerichtlich verurteilt wurde.** Homosexualität von Frauen wurde von den Nationalsozialisten als weniger bedrohlich erlebt und nur seltener gerichtlich verfolgt.<sup>3</sup>

**Auch Menschen mit Behinderungen oder Erbkrankheiten wurden als minderwertig definiert und waren Verfolgungen ausgesetzt.** In einem ersten Schritt wurde bei einem Teil dieser Menschen die Möglichkeit, Kinder zu bekommen, durch Sterilisation verhindert. Die darauf folgende systematische Ermordung von Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen (NS-Euthanasie) forderte im gesamten Deutschen Reich mehr als 70.000 Opfer. In der Tötungsanstalt Hartheim in Oberösterreich wurden 18.200 Menschen ermordet. Nach dem offiziellen Stopp der Tötungsaktion aufgrund kirchlicher Proteste wurden die Morde inoffiziell in den einzelnen Anstalten weitergeführt. In der Heil- und Pflegeanstalt Steinhof (Wien) kamen beispielsweise bis Kriegsende noch mehr als 3.500 PatientInnen durch Hunger, Unterversorgung und Infektionskrankheiten ums Leben.<sup>4</sup>

Des Weiteren wurden in Österreich mehr als 8.000 Menschen Opfer politischer Verfolgung, da sie Angehörige der von den Nationalsozialisten verbotenen anderen politischen Gruppierungen waren und/oder aktiv gegen das NS-Terror-Regime → Widerstand leisteten.<sup>5</sup>

- 1 Jonny Moser, Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945, Wien 1999, S. 18–19; Wolfgang Benz (Hg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1996, S. 67–75.
- 2 Florian Freund/Gerhard Baumgartner/Harald Greifeneder (Hg.), Vermögenszug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti, Historikerkommission, Band 23, Wien 2004, S. 33f, 53, 138f.
- 3 Gudrun Hauer, Homosexuelle im Faschismus. Das Lambda Lesebuch, Wien 1996, S. 107–124.
- 4 Der Krieg gegen die „Minderwertigen“. Gedenkstätte Steinhof. Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien: <http://gedenkstaettesteinhof.at/de/ausstellung/wien-steyn-hof> (31.8.2013)
- 5 Namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung 1938–1945: <http://www.doew.at/erinnern/personendatenbanken/opfer-politischer-verfolgung> (31.8.2013)

# Demokratie geht uns alle an!

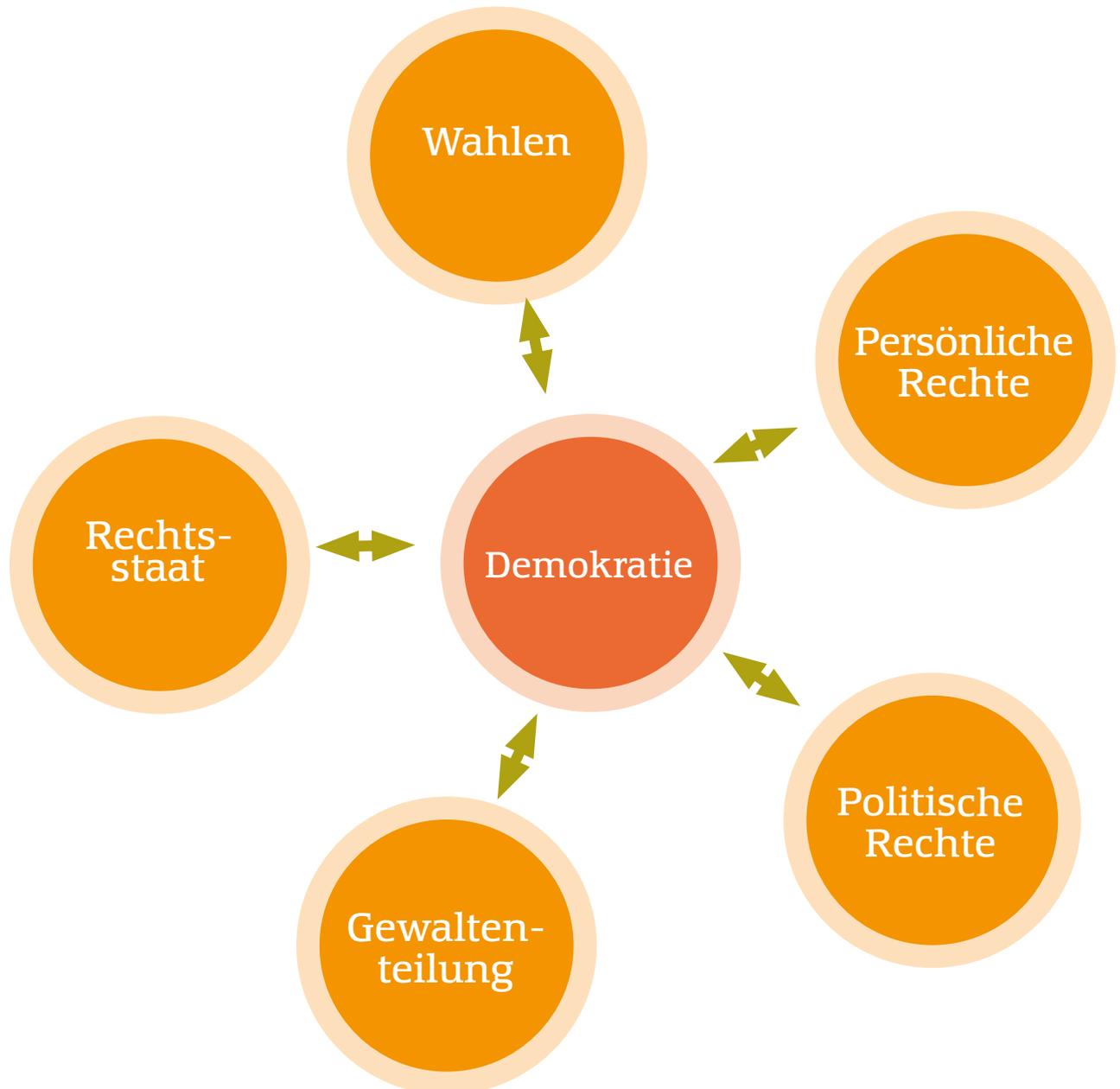
Der vorherige Text hat die Ausgrenzung von Juden und Jüdinnen in der nationalsozialistischen → Diktatur beschrieben. Aber was ist eigentlich eine Diktatur? Worin liegt der Unterschied zur → Demokratie? Österreich ist schon sehr lange eine Demokratie, nämlich seit 1945. Davor gab es zwischen 1918 und 1933 auch ein demokratisches System in Österreich.

Warum ist es also heute noch wichtig, über dieses Thema zu sprechen? Was können wir in der Gegenwart gegen → Diskriminierung und Ausgrenzung unternehmen? Welche Möglichkeiten haben wir, um von unseren Rechten Gebrauch zu machen und uns für andere einzusetzen? All diese Fragen möchten wir im 2. Teil dieser Broschüre beantworten.

Außerdem wollen wir dir zeigen, welche Mitbestimmungsmöglichkeiten du auch als Jugendlicher in einer Demokratie hast!

Ein wichtiger Bestandteil einer Demokratie sind freie und faire Wahlen. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger darüber bestimmen, welche politischen Parteien in den kommenden Jahren an der Regierung beteiligt sein sollen. Es ist ein wichtiges Merkmal von Demokratien, dass Bürger und Bürgerinnen ihre Regierung selbst wählen können. Aber daneben gibt es noch andere wichtige Punkte, die eine Demokratie von einer Diktatur unterscheiden: persönliche und politische Rechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaat.

## Wichtige Merkmale einer Demokratie



© Demokratiezentrum Wien

**Die Kreise, die rund um das Wort Demokratie** angeordnet sind, stellen wichtige Merkmale eines politischen Systems dar. In einer → Demokratie haben die genannten Begriffe eine andere Bedeutung, als in einer → Diktatur. Auf den nächsten Seiten werden die einzelnen Begriffe näher erklärt. Diese Darstellung orientiert sich an einem Modell, das von den Politikwissenschaftlern Wolfgang Merkel, Aurel Croissant und Hans-Jürgen Puhle entwickelt wurde.

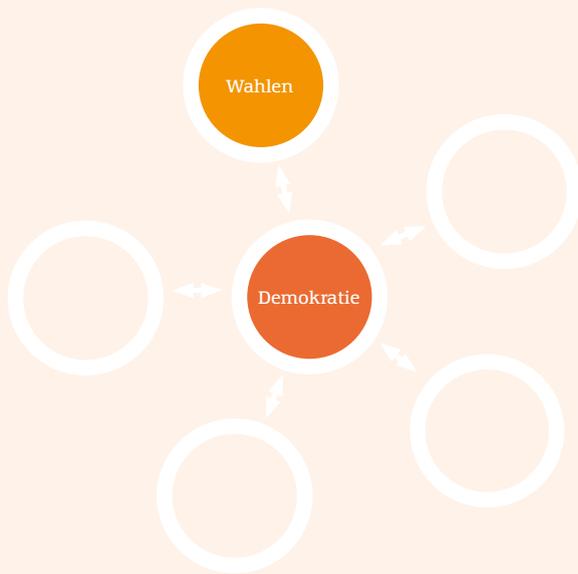
## Wahlen

### Demokratie

In einer Demokratie sind Wahlen frei und fair. Das bedeutet, dass jeder Staatsbürger und jede Staatsbürgerin selbst entscheiden kann, welche Partei oder Kandidaten bzw Kandidatin er oder sie wählen möchte. Vor der Wahl stellen sich verschiedene Parteien und Personen vor und können für sich Werbung machen (Wahlkampf).

### Diktatur

In einer Diktatur gibt es manchmal gar keine Möglichkeit, die Regierung oder den Machthaber bzw. die Machthaberin zu wählen, es gibt also keine Wahlen. In manchen Diktaturen gibt es zwar Wahlen, aber es gibt vielleicht nur einen Kandidaten oder eine Kandidatin. Es ist auch möglich, dass das Wahlergebnis gefälscht wird, so dass ein bestimmter Kandidat oder eine bestimmte Kandidatin gewinnt.



emokratie

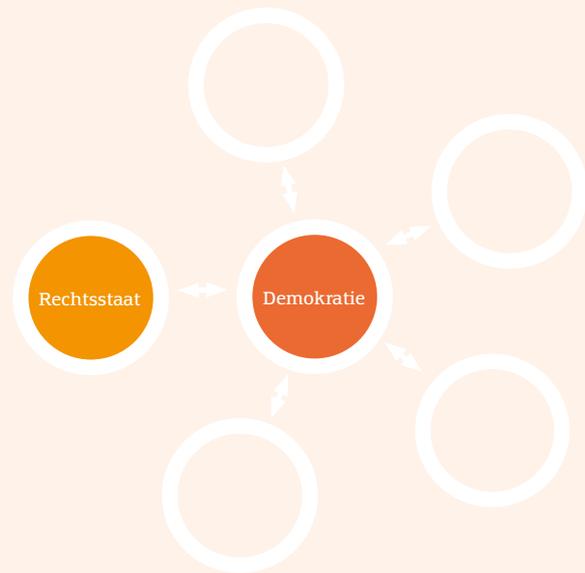
## Rechtsstaat

### Demokratie

„Rechtsstaat“ bedeutet, dass sich nicht nur die Bürger und Bürgerinnen, sondern auch der Staat selbst an alle Gesetze halten muss. Diese gelten genauso für dich, wie für den Bundeskanzler oder einen Beamten/eine Beamtin. Die Gerichte können überprüfen, ob immer alles richtig funktioniert und sich alle Menschen gleichermaßen an die Gesetze halten.

### Diktatur

In einer Diktatur kann es vorkommen, dass die Gesetze nicht für alle Menschen gleich gelten. Es kann z.B. sein, dass die Angehörigen der Regierung, ihre Familien oder reiche Menschen sich nicht an alle Gesetze halten müssen oder nicht bestraft werden, wenn sie eine Straftat begehen. Genauso ist es möglich, dass die Polizei jemanden willkürlich, also ohne eine gesetzliche Grundlage, festnimmt.



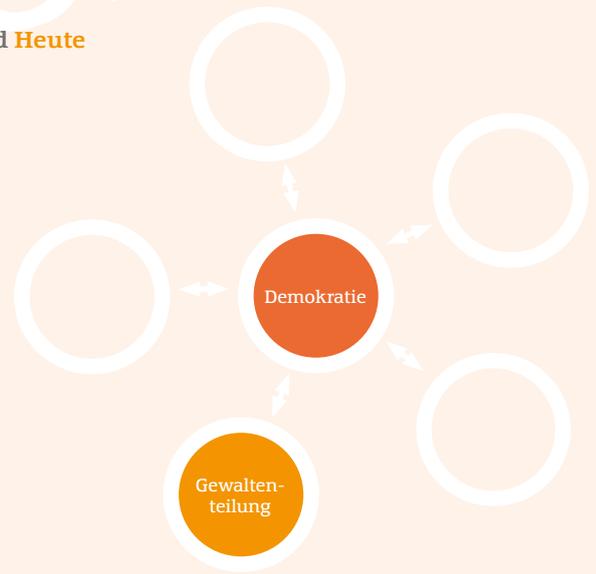
## Gewaltenteilung

### Demokratie

In einer Demokratie schützt der Staat den Einzelnen vor Gewalt. Dafür braucht der Staat aber auch die Mittel, um das durchsetzen zu können (staatliches Gewaltmonopol). In einem Staat gibt es immer drei „Gewalten“, das sind drei unterschiedliche Säulen, die für unterschiedliche Aufgaben zuständig sind. Die „Gesetzgebung“ (Legislative) ist das Parlament, wo Gesetze beschlossen werden. Die Ausführung der Gesetze (Exekutive) liegt dann bei der Regierung, der Polizei und Verwaltung. Diese müssen die vom Parlament beschlossenen Gesetze ausführen und kontrollieren, ob sich alle Menschen daran halten. Die Gerichte (Judikative) müssen entscheiden, wer im Recht ist, wenn es Streit gibt und überwachen, ob sich auch der Staat selber an die Gesetze hält. Diese drei „Gewalten“ sind voneinander unabhängig und arbeiten getrennt voneinander (Gewaltenteilung). Das bedeutet, dass die Regierung dem Gericht nicht sagen kann, welches Urteil es fällen soll. Umgekehrt kann das Gericht nicht dem Parlament sagen, welches Gesetz es machen soll. Die Gewaltenteilung ist ein sehr wichtiger Punkt in einer Demokratie.

### Diktatur

In einer Diktatur funktioniert die Teilung der drei „Gewalten“ oft nicht. Dann macht beispielsweise das Parlament genau das, was die Regierung gerne möchte, oder die Gerichte dürfen die Regierung nicht kontrollieren. Wenn diese drei Teilbereiche des Staates sich gegenseitig beeinflussen und nicht unabhängig arbeiten können, dann ist es für einen Bürger oder eine Bürgerin schwieriger und manchmal sogar unmöglich, seine oder ihre Rechte gegenüber dem Staat einzufordern. In einer Demokratie kann jeder Bürger bzw. jede Bürgerin vor einem Gericht fordern, dass seine persönlichen und politischen Rechte eingehalten und geschützt werden. Aber wenn das Gericht nicht alleine und unabhängig entscheiden kann, dann ist diese Möglichkeit eingeschränkt. Dieser Schutz ist dann nicht ausreichend gegeben.



## GEWALTENTEILUNG



## Persönliche Rechte

### Demokratie

Jeder Bürger und jede Bürgerin ist persönlich frei und niemand darf ohne Grund einfach eingesperrt werden. Jeder kann seine oder ihre Meinung in der Öffentlichkeit sagen und darf dafür nicht bestraft werden (Meinungsfreiheit). Auch die Religion kann jeder frei auswählen und ausüben (Religionsfreiheit). Diese und weitere Rechte werden durch den Staat geschützt und können auch bei einem Gericht eingeklagt werden.

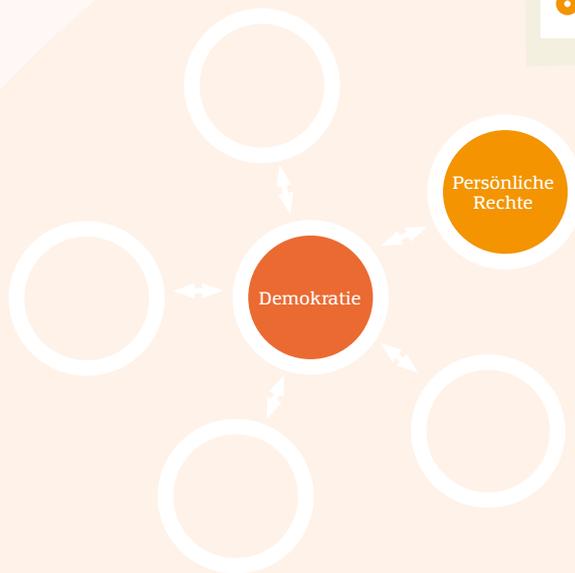
### Diktatur

In einer Diktatur sind die persönlichen Rechte und Freiheiten nicht garantiert und werden oft eingeschränkt oder sogar aufgehoben.

Es kann z.B. sein, dass jemand aufgrund der Religionszugehörigkeit verfolgt wird, dass Menschen ohne einen richtigen Prozess einfach in ein Gefängnis gesperrt werden, oder dass jemandem sein privater Besitz, z.B. ein Haus, einfach weggenommen wird (Enteignung). In einer Diktatur kommt es auch häufig vor, dass Menschen nicht frei ihre eigene Meinung sagen können, weil sie dafür verfolgt werden könnten.

#### PERSÖNLICHE RECHTE

- freie Meinungsäußerung
- Religionsfreiheit
- Verbot willkürlicher Verhaftung
- Recht auf Familienleben
- Recht auf Privatsphäre



## Politische Rechte

### Demokratie

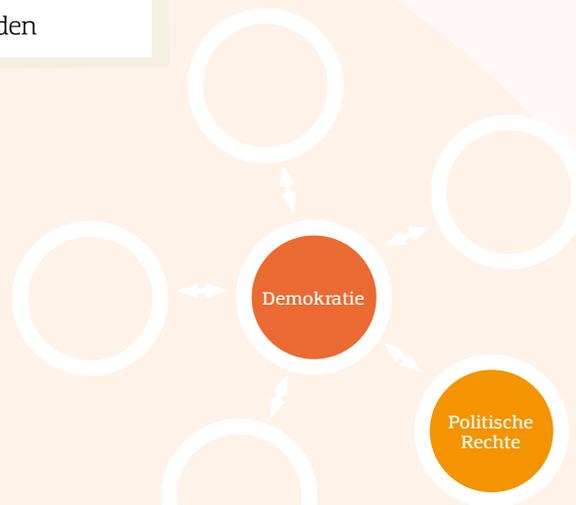
Politische Rechte sollen sicherstellen, dass jeder Bürger und jede Bürgerin am politischen System teilnehmen kann, ohne dafür Probleme zu bekommen. Zu den politischen Rechten gehört beispielsweise die Möglichkeit, zu wählen oder sich jederzeit mit anderen Menschen zu treffen, um seine Meinung auszudrücken oder zu demonstrieren (Versammlungsfreiheit). Die Zeitungen dürfen frei berichten, ohne dass Journalisten und Journalistinnen für den Inhalt ihrer Artikel bestraft werden können (Pressefreiheit). Der Staat beschützt diese Rechte.

### Diktatur

Auch politische Rechte sind in einer Diktatur nicht immer gegeben. Oft werden sie eingeschränkt oder sogar ganz aufgehoben. Wenn die Meinungs- oder Pressefreiheit beschränkt wird, werden z.B. kritische Artikel in der Zeitung nicht abgedruckt oder Menschen, die sich politisch engagieren, bekommen ein Problem. Es kann auch sein, dass sich die Menschen nicht versammeln dürfen, um z.B. öffentlich auf ein Problem aufmerksam zu machen, oder zu demonstrieren. Wenn es keine Wahlen gibt, oder die Wahlen nicht frei und fair sind, dann bedeutet das auch eine starke Einschränkung der politischen Rechte.

#### POLITISCHE RECHTE

- Möglichkeit zu wählen
- Versammlungsfreiheit
- Pressefreiheit
- Recht auf Auskunft von den Behörden



Demokratie

## Das fällt Jugendlichen zum Thema Demokratie ein ...

„Für mich bedeutet Demokratie, dass ich mitbestimmen kann, was in Österreich passiert.“

„Demokratie ist Meinungsfreiheit.“

„Demokratie bedeutet für mich Entscheidung durch den Willen des Volkes.“

„Demokratie ist super.“

„Demokratie ist Konfliktlösung.“

„Demokratie ist anstrengend.“

„Mit Demokratie verbinde ich Mitbestimmung in allen Lebensbereichen, auf allen Ebenen und auf diverse Art und Weise.“

„Demokratie ist Freiheit.“

„Demokratie ist Gleichberechtigung.“

„Auch die Jugend sollte mitreden, was in der Politik geschieht, denn die Jugendlichen haben die politischen Entscheidungen am längsten zu tragen.“

„Rassismus gefährdet die Demokratie.“

„Für mich ist Demokratie eine Farce, bei der man der Bevölkerung die Illusion gibt, sie kann mitbestimmen.“

„Demokratie ist ein abgehobenes System.“

„Für mich ist Demokratie die Medienfreiheit.“

Quelle: Film „Demokratie ist ...“, Demokratiezentrum Wien im Auftrag des BMBWK, 2005

### INFOBOX

Das gesamte Video „Demokratie ist ...“ mit weiteren Statements findest du auf [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Wissen → Videos!

## Demokratie braucht Zustimmung und Beteiligung

Seit 1945 ist Österreich eine → Demokratie. Zwischen 1934 und 1945, also während des → Austrofaschismus und später vor allem in der NS-Zeit (1938–1945), herrschte in Österreich aber eine → Diktatur. Heute gibt es weltweit zahlreiche Demokratien, für deren Entstehen sich die Menschen eingesetzt haben. Es gibt aber auch viele Staaten, die noch keine richtige Demokratie sind, aber auch keine richtige Diktatur mehr.

Das bedeutet, dass es in manchen Staaten z.B. freie Wahlen und politische und persönliche Rechte gibt, aber die Gewaltenteilung und der Rechtsstaat funktionieren nicht. Oder es gibt zwar einen Rechtsstaat und Gewaltenteilung, aber die Wahlen sind nicht frei und fair. Dann handelt es sich um eine „Mischung“ aus Demokratie und Diktatur. Die

Grenze zwischen diesen beiden Staatsformen zu ziehen ist nicht immer einfach und manchmal ist nicht ganz klar, ob ein Staat jetzt als Diktatur bezeichnet werden sollte, oder als (schwache) Demokratie. Außerdem ist es wichtig zu wissen, dass eine Diktatur zu einer Demokratie werden kann – und dass umgekehrt auch eine Demokratie wieder zu einer Diktatur werden kann.

Demokratien sind keine Selbstverständlichkeit und ihr Bestehen hängt maßgeblich davon ab, ob sich die Bürger und Bürgerinnen an ihrer Gestaltung beteiligen oder nicht. Schließlich bedeutet Demokratie übersetzt Volksherrschaft. Gehen Menschen nicht wählen oder machen nicht von ihren Rechten Gebrauch, so gefährdet dies die Demokratie.

### VORTEILE DER DEMOKRATIE

- Streben nach Gerechtigkeit in der Gesellschaft
- Streben nach Gleichberechtigung für alle Menschen
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft
- Demokratischer Staat beschützt Freiheit und Rechte seiner BürgerInnen
- Vielfältige Möglichkeiten zur politischen Mitbestimmung

## Streben nach Gerechtigkeit

Oftmals sind Bürger oder Bürgerinnen enttäuscht, weil sich die Politik nicht so entwickelt, wie sie es gerne hätten und klar ist: Auch in einer → Demokratie läuft nicht immer alles perfekt, auch in einer Demokratie versuchen Menschen Vorteile für sich herauszuschlagen, während die Bedürfnisse anderer manchmal auf der Strecke bleiben. Es kann auch vorkommen, dass bestimmte Personengruppen von gewissen Rechten ausgeschlossen werden. So dürfen beispielsweise Migranten und Migrantinnen, die von außerhalb der Europäischen Union kommen und nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, nicht wählen, da das Wahlrecht an den Besitz der Staatsbürgerschaft gekoppelt ist.

Du siehst also, es gibt auch in einer → Demokratie immer noch Lücken, was die Gleichberechtigung aller Personen angeht, prinzipiell strebt ein demokratisches System aber nach Gerechtigkeit. Genau in diesem Streben nach Gerechtigkeit sowie den verschiedenen Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Bürger und Bürgerinnen liegen die Vorteile der Demokratie. Diese Mitgestaltungsmöglichkeiten beginnen nicht erst, wenn man erwachsen ist und wählen darf.

Auch junge Menschen haben die Möglichkeit durch ihr Verhalten im Alltag unsere Gesellschaft mitzugestalten und sich für die eigenen und die Rechte anderer einzusetzen. Auch heute noch werden Menschen häufig aufgrund ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder aus anderen Gründen aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Auch wenn dies nicht mit der Ausgrenzung im NS-Regime gleichzusetzen ist, die im ersten Teil der Broschüre beschrieben sind, zeigt es doch, dass manche Menschen unsere Unterstützung nötig haben.

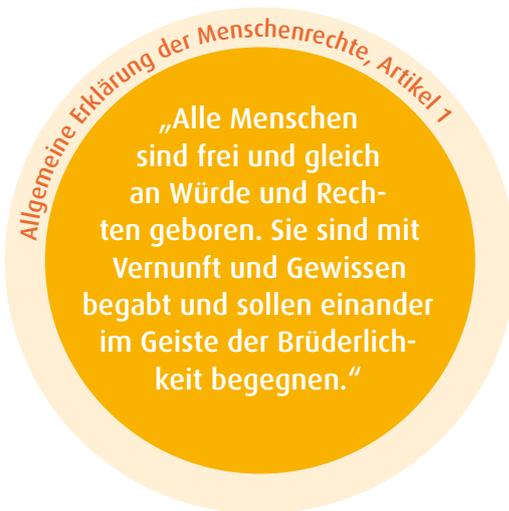
## Demokratie bedeutet also ....

- Mitbestimmen zu können, wie sich Politik und Gesellschaft entwickeln
- Seine Meinung frei äußern zu können
- andere Meinungen und Positionen zu akzeptieren
- die Interessen möglichst vieler zu berücksichtigen
- Kompromisse eingehen zu können
- Andere Menschen zu respektieren und wertzuschätzen
- Sich für seine Rechte einzusetzen

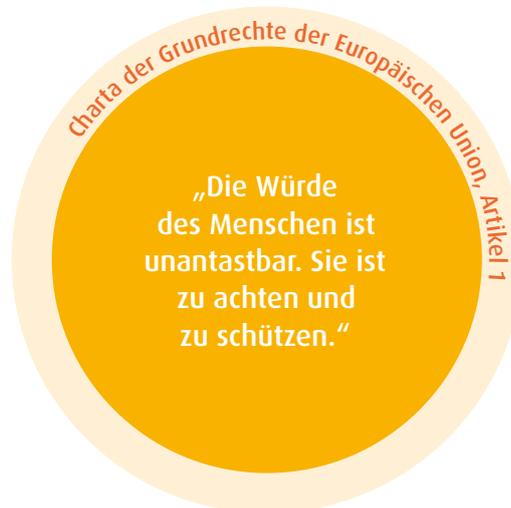
## Menschenwürde und Gleichheit

Das Bewusstsein für die Gleichheit und die Wahrung der Würde aller Menschen bildet die Grundlage für ein friedvolles und respektvolles Zusammenleben. Nicht zuletzt aufgrund zahlreicher menschenverachtender Ereignisse in der Geschichte, wie unter anderem dem → Nationalsozialismus, sind diese Grundsätze Teil vieler offizieller Dokumente.

**So steht in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 geschrieben:**



Auch die Charta der **Grundrechte der Europäischen Union** verweist auf die Würde des Menschen:



## ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde vor allem in Reaktion auf die Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges verabschiedet und hält grundlegende Rechte und Freiheiten fest, die für jeden Menschen weltweit gelten sollen – unabhängig von Geburtsort, Religion, Alter, Geschlecht und Hautfarbe (Art 2). Sie ist nicht völkerrechtlich bindend, viele Artikel wurden aber in anderen Gesetzen und völkerrechtlichen Verträgen festgeschrieben und daher im Rechtssystem verankert. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte enthält unter anderem folgende Punkte:

- Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person. (Art 3)
- Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. (Art 5)
- Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede → Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung. (Art 7)
- Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne jede Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.
- Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden. (Art 16)
- Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen. (Art 18)
- Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten. (Art 19)
- Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen. (Art 20)
- Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken. (Art 21)
- Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist. (Art 29)

Die gesamte Erklärung der Menschenrechte und weitere spannende Infos zum Thema findest du auf der Website der Vereinten Nationen unter [www.un.org/depts/german/menschenrechte/fs\\_menschen](http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/fs_menschen)

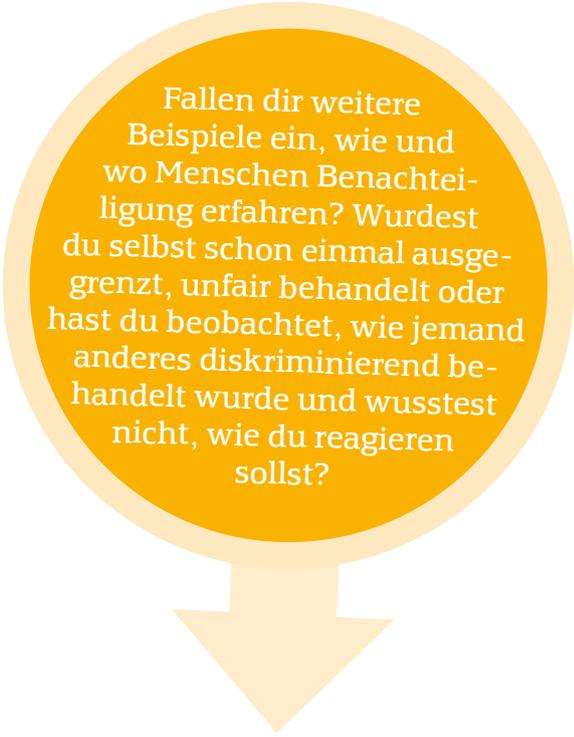
## DIE VEREINTEN NATIONEN

193 Länder sind Mitglied der UNO (United Nations Organisation, → Vereinte Nationen). Sie ist eine internationale Organisation, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde, um weltweit Frieden und Sicherheit zu schaffen und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu stärken. Eine weitere Aufgabe der → UNO ist es, die Achtung der Menschenrechte weltweit zu fördern.

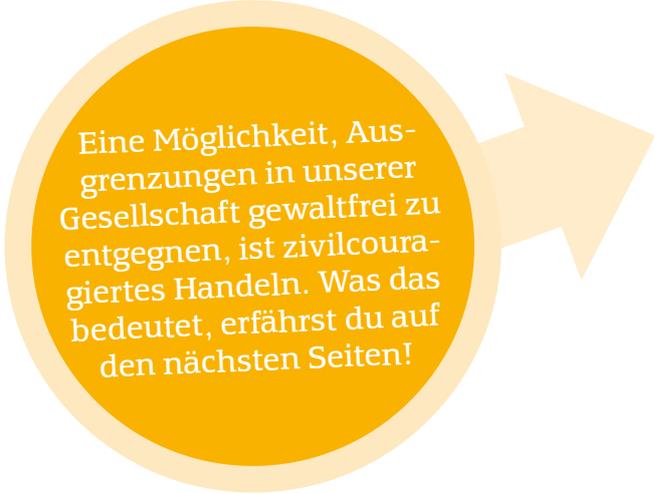
## Diskriminierung und Ausgrenzung heute

Obwohl Gleichheit und Menschenwürde in weiten Teilen der Welt rechtlich gesichert sind, kommt es vor, dass Menschen aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Häufig macht sich → Diskriminierung im Alltag der Menschen bemerkbar. Sie werden schlechter behandelt als andere. Diskriminierung kann sehr unterschiedliche Gründe haben. Menschen erfahren zum Beispiel Benachteiligung oder Ausgrenzung aufgrund

- des Alters
- äußerer Merkmale (z.B. Hautfarbe)
- Sprache
- einer Behinderung
- ihres Berufes
- des Geschlechts
- der ethnischen Herkunft
- von Krankheit
- ihrer Lebensumstände (z.B. Obdachlosigkeit, Migration)
- der Religion oder Weltanschauung
- der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität (z.B. Transgender)
- besonderer Interessen (z.B. „StreberInnen“)

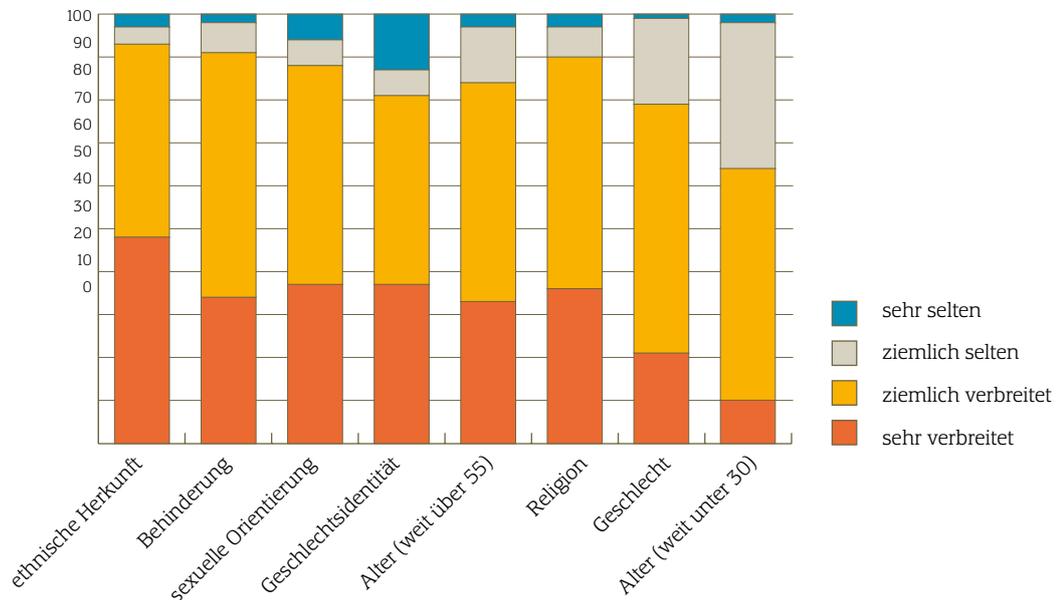


Fallen dir weitere Beispiele ein, wie und wo Menschen Benachteiligung erfahren? Wurdest du selbst schon einmal ausgegrenzt, unfair behandelt oder hast du beobachtet, wie jemand anderes diskriminierend behandelt wurde und wusstest nicht, wie du reagieren sollst?



Eine Möglichkeit, Ausgrenzungen in unserer Gesellschaft gewaltfrei zu entgegnen, ist zivilcouragiertes Handeln. Was das bedeutet, erfährst du auf den nächsten Seiten!

## WAHRNEHMUNG VON DISKRIMINIERUNG

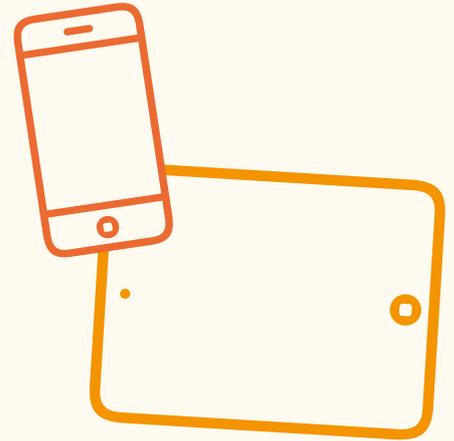


Quelle: Eurobarometer 2012

In dieser Grafik siehst du, wie die Menschen in Österreich → Diskriminierung wahrnehmen. Die blauen Balken im Diagramm bedeuten, sie sind der Meinung, dass Diskriminierung aufgrund des angegebenen Merkmals (zB ethnische Herkunft) „sehr selten“ ist. Grau steht für „ziemlich selten“, orange für „ziemlich verbreitet“ und rot für „sehr verbreitet“.

Am häufigsten benachteiligt werden Menschen demnach aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, gefolgt von Behinderung, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität und Alter. Ziemlich verbreitet ist aber auch die Benachteiligung junger Menschen oder aufgrund des Geschlechts (Benachteiligung von Frauen). Auch Religion spielt als Diskriminierungsgrund eine Rolle.

## REWIND – eine Geschichte zum Nachdenken



Gemeinsam mit Ines und Neda besuchst du die 3. Klasse eines Gymnasiums in Wien. Die beiden Mädchen könnten unterschiedlicher nicht sein:

**Ines** geht gerne shoppen, tanzen und ist ziemlich beliebt in der Klasse.

**Neda** liest ein Buch nach dem anderen, zeichnet gerne, ist Klassenbeste und shoppen findet sie anstrengend.

**Ines** spielt in den Pausen meistens mit ihrem iPad oder iPhone und wird damit zum Mittelpunkt der Klasse. Alle wollen die neuesten Photos auf Instagram sehen oder Musik hören.

**Neda** interessiert das kaum, sie ist in ihr neues Twilight Buch vertieft, Musik hört sie lieber zuhause.

Eine Gruppe von Mitschülern und Mitschülerinnen rund um **Ines** ist neidisch auf **Nedas** Erfolg in der Schule und hat es auf sie abgesehen.

**Neda** wird daher meistens ausgeschlossen, was sich auch im Internet bemerkbar macht – dort wird sie von den anderen regelmäßig mit dummen Fotos und Kommentaren aufgrund ihrer Herkunft bloßgestellt.

### Eines Tages scheint die Situation zu eskalieren.

Der Klassenvorstand der 3b hat **Neda** für die Mitarbeit an einem Schulprojekt ausgewählt, **Ines** kocht vor Wut – schließlich wollte sie an dem Projekt mitarbeiten. Während der Großteil der Klasse nach der Schule auf die U-Bahn wartet, greift **Ines Neda** an – zuerst beschimpft sie **Neda** und danach schüttet sie ihr Wasser über den Kopf. Die meisten Mitschüler und Mitschülerinnen stehen einfach daneben, lachen und filmen alles mit ihrem Handy. **Neda** ist verzweifelt und beginnt zu weinen während die anderen noch immer auf sie losgehen. Ein Mitschüler spuckt ihr sogar ins Gesicht. Du findest das Verhalten deiner Mitschüler und Mitschülerinnen **Neda** gegenüber zwar ziemlich unfair, mischt dich aber nicht ein – schließlich willst du nicht selber in **Nedas** Situation geraten. Als die U-Bahn einfährt machst du dich aus dem Staub und steigst in einen hinteren Wagon ein, wo du nichts mehr von deiner Klasse mitbekommst.

Als **Nedas** Platz am nächsten Tag in der Schule leer bleibt und sich die anderen nochmals über die Situation vom Vortag lustig machen, fragst du dich, ob du dich richtig verhalten hast.

Aber wie hättest du Neda unterstützen können?

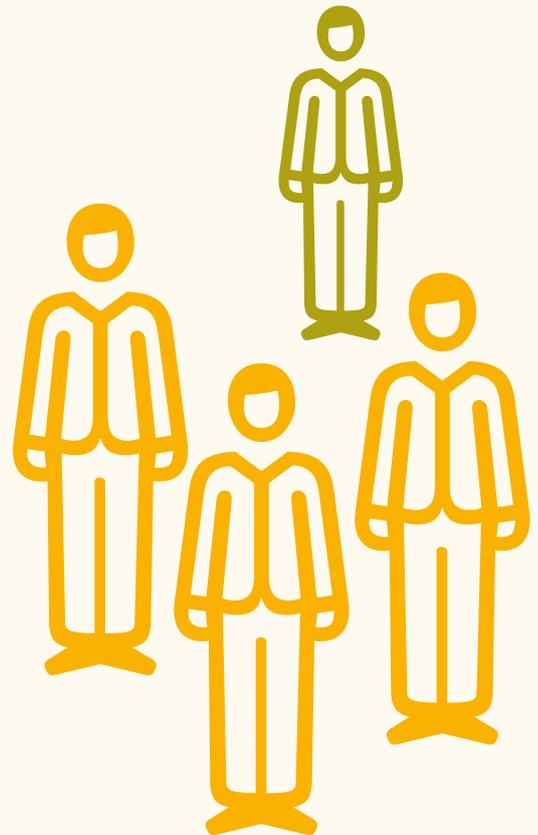
Wie hättest du dich in ihrer Situation gefühlt?

## REWIND – die Geschichte könnte auch so enden

Während der Großteil der Klasse nach der Schule auf die U-Bahn wartet, greift **Ines Neda** an – zuerst beschimpft sie **Neda** und danach schüttet sie ihr Wasser über den Kopf. Die meisten Mitschüler und Mitschülerinnen stehen einfach daneben, lachen und filmen alles mit ihrem Handy. **Neda** ist verzweifelt und beginnt zu weinen während die anderen noch immer auf sie losgehen. Ein Mitschüler spuckt ihr sogar ins Gesicht.

Dir reicht es – du findest, dass jede Person, egal woher sie kommt, respektvoll behandelt werden sollte. Du stellst dich vor **Neda** und sagst deinen Mitschülern und Mitschülerinnen, was du von ihrem Verhalten hältst.

Während sich einige über deinen Einsatz lustig machen, stellen sich nach kurzer Zeit weitere Personen vor **Neda**. Nach einer kurzen Diskussion fährt die U-Bahn ein und **Ines** und ihre Freunde und Freundinnen verschwinden. Am nächsten Tag macht ihr den Konflikt zum Thema in der Klasse und spricht mit eurem Klassenvorstand darüber. **Neda** hat zum ersten Mal die Möglichkeit, zu schildern, wie es sich für sie anfühlt, so behandelt zu werden und was sie davon hält, dass ihre Herkunft immer zum Thema gemacht wird. Auch wenn **Neda** und **Ines** wahrscheinlich niemals beste Freundinnen werden, so hat dein Einsatz dazu beigetragen, eine Situation gewaltfrei zu lösen und Ines und ihre Freunde und Freundinnen zum Nachdenken angeregt. **Du hast Zivilcourage gezeigt.**



## Aber was ist das überhaupt – Zivilcourage?

## Das fällt Jugendlichen zum Thema Zivilcourage ein ...

„Wenn man sich für das, was man richtig hält, einsetzt und wenn man sich damit auch entgegen der öffentlichen Meinung positioniert.“

„Wenn jemand gemobbt wird und man greift ein.“

„Das ist für mich total fremd, das Wort. Das hört man heutzutage ja gar nicht mehr außer im Fernsehen bei Politikern oder so vielleicht.“

„Für mich ist Zivilcourage Loyalität zur Gemeinschaft, anderen zu helfen und sie in Notfällen auch zu unterstützen.“

„Den Mut zu haben, sich für seine und die Rechte anderer einzusetzen, aufzustehen und auch gegen die Obrigkeit mal auf die Straße zu gehen.“

„Den Mut zu haben, seine eigene Meinung kundzutun und dafür aufzustehen.“

„Zivilcourage ist für mich, wenn Menschen anderen Menschen helfen, obwohl sie daraus keinen besonderen Vorteil ziehen und einfach aus Nächstenliebe handeln.“

„Zivilcourage ist für mich Mut und Mut ist für mich Bungee-Jumping.“

„Widerstand ist für mich aufzustehen, zu sagen was einem nicht passt und das auch Leuten zu verdeutlichen, die das vielleicht nicht sehen oder auch nicht hören wollen.“

„Es kann nur zu einer nachhaltigen Veränderung kommen, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen.“

„Also mir fällt zum Thema Zivilcourage gar nichts ein.“

„Ich denke, dass Zivilcourage eines der Dinge ist, das uns zu Menschen macht und jeder es gerne hätte, wenn andere für ihn eintreten.“

„Wachsam sein heißt für mich aufmerksam sein. Alles beobachten was passiert, hat auf das was passiert. Wichtig ist, das Warum zu hinterfragen.“

„Den Mut zu haben, für andere zu kämpfen, für andere etwas zu bewegen.“

„Jeder bringt Zivilcourage auf, wenn er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Gemeinschaft einsetzt.“

„Widerstand in unserer Gesellschaft ist sehr notwendig heutzutage, weil es schon fast vergessen worden ist, dass man sich auch wehren kann und nicht nur zuschauen muss. Und dass man sich - auch wenn man nicht direkt involviert ist - traut, zum Beispiel auf eine Demo zu gehen, um zu zeigen, dass es einem nicht egal ist, auch wenn es einen nicht direkt betrifft. Also Widerstand ist schon sehr sehr wichtig heutzutage.“

Quelle: DVD des BMUKK/Demokratiezentrum Wien (2007): ZIVILCOURAGE. Was ist das?

## INFOBOX

Das gesamte Video „Zivilcourage. Was ist das?“ mit weiteren Statements findest du auf [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) → Wissen → Videos!

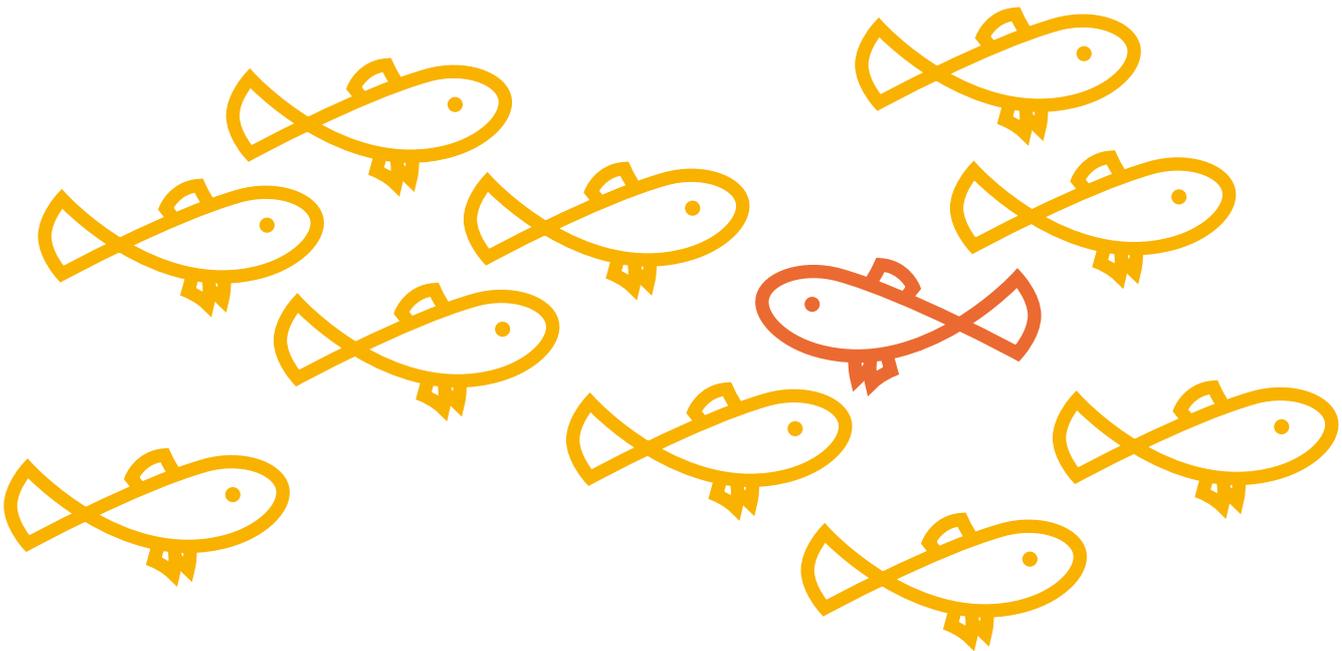
## Zivilcourage bedeutet also

Wie du siehst, kann → Zivilcourage ganz unterschiedlich beschrieben werden. Grundsätzlich können wir nochmals zusammenfassen, dass zivilcouragiertes Handeln freiwillig und gewaltfrei passiert. In den meisten Fällen bedeutet Zivilcourage zu zeigen, aus gutem Grund gegen den Strom zu schwimmen oder anzuecken und Hilfe zu leisten.

Menschen zeigen Zivilcourage, weil sie sich in einer bestimmten Situation beispielsweise für das → Gemeinwohl, gegen → Diskriminierung oder Gewalt einsetzen wollen. Wie unsere Geschichte rund um Ines und Neda zeigt, herrscht in Situationen, die Zivilcourage erfordern, oftmals ein Machtungleichgewicht, sodass sich das Opfer nicht mehr alleine wehren kann.

Ob man sich für andere einsetzt, hängt oftmals davon ab, mit welchen Risiken das eigene Handeln verbunden ist und mit welchen Konsequenzen man selbst zu rechnen hat. Zivilcourage erfordert Mut, muss erprobt werden und ist auch heute leider oftmals keine Selbstverständlichkeit.

Zivilcourage kann man nicht messen – sie fängt im Kleinen an. Situationen, die deinen Einsatz erfordern, können dir zum Beispiel in der Schule, auf der Straße oder auch später in der Arbeit begegnen. Sich gegen einen abwertenden Witz über Schwarze zu wehren kann genauso Zivilcourage bedeuten, wie bei einer Gewaltszene in der U-Bahn-Station Hilfe zu holen. Das bedeutet auch, dass du nicht unbedingt selbst in einer brenzligen Situation eingreifen musst – Passanten oder Passantinnen anzusprechen ist beispielsweise ebenso richtig und wichtig.



## Zivilcourage damals und heute

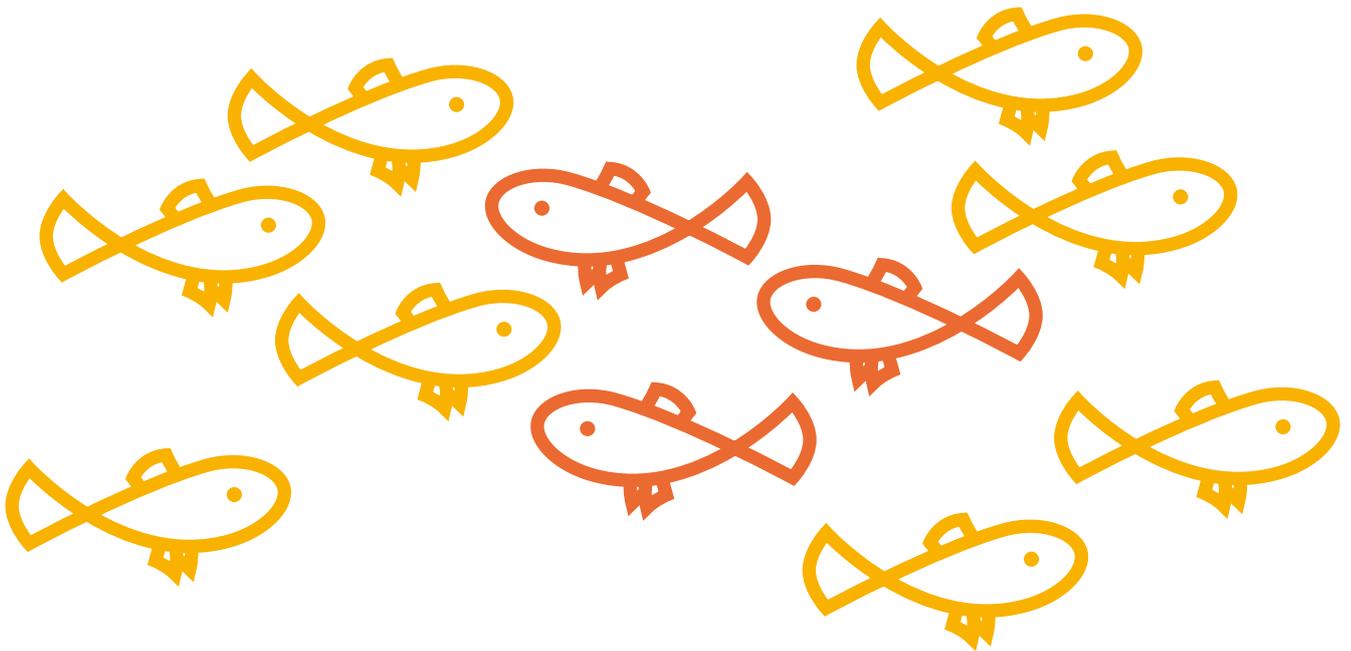
Unser demokratisches System ermöglicht uns, für unsere Meinung in der Öffentlichkeit einzustehen und sich für die eigenen Rechte und die Rechte anderer einzusetzen.

Im → Nationalsozialismus war dies nicht ohne Weiteres möglich. Menschen, die sich gegen das nationalsozialistische System zur Wehr setzten, taten dies geheim und mit großem persönlichem Risiko. Denn wurden sie erwischt, drohte ihnen die Einweisung in ein → Konzentrationslager, Gefängnisstrafen und häufig sogar der Tod. Dennoch gab es zahlreiche Menschen, die sich gegen dieses Regime zur Wehr setzten, indem sie beispielsweise

verfolgte Menschen bei sich zuhause versteckten. Andere zeigten → Zivilcourage, indem sie Flugblätter gegen das Regime verteilten, wie zum Beispiel die Geschwister Scholl.

Geschichten wie diese zeigen also, dass, obwohl das nationalsozialistische System ein unterdrückendes System der Überwachung war, sich dennoch Lücken und Handlungsmöglichkeiten boten.

In einer → Demokratie müssen wir nicht mehr mit solchen Konsequenzen rechnen, wenn wir uns für andere stark machen und einsetzen!



## WIDERSTAND IM NATIONALSOZIALISMUS

### Die weiße Rose / Geschwister Scholl

Sophie und Hans Scholl waren Teil der Widerstandsgruppe „die Weiße Rose“. Diese Gruppe, die aus 5 Studierenden und einem Professor bestand, verteilte 1942 und 1943 Flugblätter, die sich gegen den → Nationalsozialismus und → Adolf Hitler aussprachen und die Bevölkerung zum → Widerstand aufforderten. Ihren Einsatz gegen das nationalsozialistische Regime bezahlten die Geschwister mit dem Leben – sie wurden noch 1943 verurteilt und hingerichtet.<sup>1</sup>



© Public Domain, Denkmal für die Widerstandsbewegung „Weiße Rose“ in München

### Ella Lingens

Gemeinsam mit ihrem Mann unterstützte und versorgte Ella Lingens als Studentin zahlreiche untergetauchte Juden und Jüdinnen. 1942 wurden die beiden festgenommen und Ella Lingens kam nach Auschwitz, wo sie als Häftlingsärztin arbeitete und den Häftlingen weiter half soweit dies möglich war. Später war sie im → Konzentrationslager Dachau inhaftiert. Nach der Befreiung engagierte sie sich im österreichischen Gesundheits- und Sozialwesen.<sup>2</sup>



© Wiener Stadt- und Landesarchiv

1 Quelle: Weiße Rose Stiftung e.V.

2 Quelle: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

## Gründe, warum Menschen nicht helfen...

Wie wir bereits gehört haben, können wir → Zivilcourage heute nicht mit den Leistungen der Helfer und Helferinnen im → Nationalsozialismus vergleichen. Ihre Hilfe und ihr → Widerstand fand unter außerordentlichen Bedingungen und hohem Risiko statt. Es gab viele Menschen, die Angst hatten Hilfe zu leisten und ebenso groß war die Anzahl jener, die das nationalsozialistische Denken befürworteten und sich von der Propaganda beeinflussen ließen.

Auch heute fällt es Menschen manchmal schwer, sich für andere stark zu machen und einzusetzen. Die Gründe dafür sind vielfältig.

- **Das Gefühl nichts bewirken zu können**

Es ist verständlich, dass es einem zuerst einmal schwer fällt, alleine Hilfe zu leisten. Dennoch sprechen viele Gründe dafür. So kann beispielsweise ein einziger Anruf bei Rettung, Polizei oder Feuerwehr Leben retten. Dein Einsatz kann außerdem weitere Personen motivieren, einzuschreiten oder sich auf die Seite des Opfers zu stellen, wie wir es auch in unserer Geschichte rund um Ines und Neda erlebt haben.

- **Sich darauf zu verlassen, dass andere Anwesende eingreifen**

Sich auf das Eingreifen anderer zu verlassen ist keine gute Idee: Was, wenn niemand zu Hilfe kommt, da sich alle auf den anderen verlassen? In unserer Gesellschaft ist es wichtig, Verantwortung für sich und manchmal auch andere zu übernehmen.

- **Mit der Situation überfordert sein**

Manchmal sind wir mit Situationen konfrontiert, denen wir uns nicht gewachsen fühlen – auch das ist völlig normal. → Zivilcourage muss gelernt beziehungsweise geübt werden. Viel zu oft passiert es, dass Menschen ihre Meinung nicht offen sagen. Wie man lernt, zivilcouragiert zu handeln erfährst du in einem Zivilcourage-Training. Auch im Alltag kannst du oft üben, deine Meinung zu vertreten – du wirst sehen, es ist gar nicht so schwer und fühlt sich richtig gut an!

○ **Nicht auffallen wollen**

Nicht auffallen zu wollen ist meistens mit der Angst verbunden, selbst zum Opfer zu werden. Man hält sich im Hintergrund, auch wenn man eine Situation nicht befürwortet. Es ist grundlegend, sich nicht selbst in Gefahr zu bringen. Jedoch gibt es Möglichkeiten Hilfe zu leisten ohne schwerwiegende Konsequenzen tragen zu müssen.

○ **Angst vor möglichen Konsequenzen**

Oft schreiten Menschen nicht ein, weil sie Angst vor den Konsequenzen haben. Wie bereits oben erwähnt, gibt es genügend Möglichkeiten, rasch und unkompliziert Hilfe zu holen. Dennoch kommt es vor, dass das eigene Handeln negative Konsequenzen nach sich zieht. → Zivilcourage zu leisten bedeutet daher auch, manchmal Fremdinteressen vor die eigenen zu stellen und Nachteile in Kauf zu nehmen.

○ **Eine gefährliche Situation wird nicht als solche erkannt**

Es kommt vor, dass nicht sofort klar ist, ob eine Person Hilfe benötigt oder nicht. Ein einfaches Nachfragen kann hier Klarheit verschaffen und ist auch ein Kennzeichen von Zivilcourage. Für die Opfer gilt: auf sich aufmerksam machen!

**INFOBOX**

**Steckst du in Schwierigkeiten? Es gibt immer jemanden, der dir zuhört!**

Vertraue dich deiner Familie, FreundInnen, den Leuten im Jugendzentrum, LehrerInnen oder dem/der SchulpsychologIn an. Es gibt auch Beratungsstellen, die dir weiterhelfen. Wir haben sie für dich gesammelt und im hinteren Teil der Broschüre aufgelistet! (siehe S. 54)

## Wir alle gestalten Demokratie!

Auf den vorangegangenen Seiten war viel über Ausgrenzung, Diskriminierung und Zivilcourage zu lesen und auch der Unterschied zwischen einer → Diktatur und einer → Demokratie wurde herausgearbeitet. Österreich ist heute ein demokratischer Staat, in dem alle Menschen prinzipiell die gleichen Rechte und Pflichten haben und vom Staat gleich behandelt werden. Dennoch kann es in jeder Gesellschaft gewisse Probleme und Konflikte geben – wenn viele verschiedene Menschen zusammenleben, treten immer wieder Probleme auf. In einer Demokratie geht es darum, diese Konflikte in einer Gesellschaft friedlich und gewaltfrei zu lösen. Der Staat hat die Aufgabe, die Rechte und Freiheiten

der Menschen zu schützen und auch jeder Einzelne von uns trägt Verantwortung, sich für andere Menschen einzusetzen. Wie mittels dieser Broschüre deutlich wurde, ist es für eine Demokratie wichtig, dass die Menschen ihre Mitbestimmungsrechte auch nützen und wertschätzen. Dazu gehört auch, manchmal → Zivilcourage zu zeigen und nicht wegzusehen, wenn andere Menschen diskriminiert oder ausgegrenzt werden, sondern zu helfen. Ein demokratischer Staat versucht, uns zu beschützen und unsere Rechte zu bewahren. Deswegen ist es wichtig, dass wir an der Erhaltung der Demokratie mithelfen und uns aktiv beteiligen.



## GLOSSAR

### „Anschluss“

Am 12. März 1938 marschierten deutsche Truppen auf Befehl des Diktators und deutschen Oberbefehlshabers → Adolf Hitler in Österreich ein. Am 15. März 1938 verkündete Hitler den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich auf dem Wiener Heldenplatz, wo er von vielen ÖsterreicherInnen bejubelt wurde. Von nun an war Österreich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 kein eigenständiger Staat mehr, sondern ein Teil des so genannten nationalsozialistischen Deutschen Reiches.

### Antisemitismus

Als Antisemitismus werden die → Diskriminierung und die Ablehnung von Menschen mit jüdischem Religionsbekenntnis bezeichnet. In vielen Ländern der Welt wurden und werden Juden und Jüdinnen aufgrund ihrer Religion und ihrer Lebensweise oder Sprache schlechter behandelt als andere Menschen. Antisemitismus gab es bereits lange vor dem → Nationalsozialismus, er fand jedoch in dieser Zeit mit dem → Holocaust und der extrem rassistischen Ausprägung seinen Höhepunkt. Juden und Jüdinnen wurden systematisch verfolgt und ermordet.

### Arisierung

Bezeichnet die Enteignung „nichtarischer“ (in der Regel jüdischen) Eigentums durch die nationalsozialistische Politik. Auch die Ausschließung der Juden und Jüdinnen aus dem Wirtschaftsleben wird so bezeichnet. Über die Enteignung von Häusern, Wohnungen, Grundstücken, Wertpapieren und Privatvermögen sollte die systematische Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens durchgesetzt werden. Nach planlosen, gesetzlich nicht geregelten „wildem Arisierungen“ un-

mittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im März 1938 erfolgte die systematische Enteignung von Geschäften und Firmen über Zwangsverkauf, Betriebsstilllegungen oder den Entzug von GewerbeKonzessionen durch nationalsozialistische Behörden und Institutionen in den Jahren 1938 bis 1945.

### Austrofaschismus

Bezeichnung für die 1933/34 in Österreich etablierte Herrschaftsform, die stark vom italienischen Faschismus Mussolinis und den Theorien Othmar Spanns beeinflusst war. Der „Austrofaschismus“ wurde von der Heimwehr, jüngeren christlichsozialen Politikern und vom politischen Katholizismus getragen. Er verwarf die parlamentarische → Demokratie und den Parteienstaat und löste diese durch ein → autoritäres und diktatorisches System ab. Die Verfassung betonte das autoritäre Führungsprinzip und sah eine Organisation des Staates nach Berufsständen vor („Ständestaat“). Parteien und politische Mitbewerber waren verboten. Die Gegner des Regimes wurden verfolgt, im Bürgerkrieg 1934 bekämpft und in Anhaltelager gesperrt. Sein Ende fand der „Austrofaschismus“ mit dem → „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland und der Etablierung einer nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft in Österreich.

### Autoritär

Als autoritär wird ein politisches System bezeichnet, in dem die Menschen kaum über Mitbestimmungsmöglichkeiten verfügen, Freiheiten stark eingeschränkt werden und gegensätzliche Meinungen nicht zugelassen werden. Eine → Diktatur kann auch als autoritäres (politisches) System bezeichnet werden.

### BDM – Bund Deutscher Mädel

Jugendorganisation im → Nationalsozialismus. Alle Mädchen im Alter von

10 bis 18 Jahren mussten dem BDM beitreten. Die Organisation diente der → Diktatur als Möglichkeit, Propaganda zu betreiben und die nationalsozialistische Ideologie bei den Jugendlichen zu verankern.

### Demokratie

Der Begriff Demokratie leitet sich vom griechischen „demos“ (Volk) und „kratein“ (Herrschaft) ab und bedeutet wörtlich übersetzt „Volksherrschaft“. Demokratie bezeichnet eine Regierungsform, in der die Staatsgewalt direkt oder indirekt vom Volk ausgeübt wird und in der die Regierung dem Volk gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Um heute als demokratischer Staat bezeichnet werden zu können, müssen jedoch noch eine Vielzahl weiterer Kriterien erfüllt werden: Von der Gewaltentrennung, über die Presse- und Meinungsfreiheit, der Wahrung von Menschen- und Minderheitenrechten bis zur Herstellung möglichst gleicher Partizipationsmöglichkeiten und Entscheidungsfreiheiten aller Bürger und Bürgerinnen in Politik und Gesellschaft.

### Deportation

Als Deportation wird der zwangsweise Transport von Menschen zum Zweck der Unterdrückung und Isolierung sowie der Durchführung von Strafmaßnahmen bezeichnet. Sie geht meist einher mit dem Verlust der Rechte und Freiheiten der deportierten Menschen. Während der Zeit des → Nationalsozialismus wurden zahlreiche Menschen in → Konzentrationslager und → Ghettos deportiert.

### Diktatur

Das Gegenteil von → Demokratie: Es gibt einen Machthaber oder eine kleine Gruppe von Menschen (zB eine Partei), die ein Land regieren, ohne dass die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes über Mitbestimmungsmöglichkeiten verfügen. Die persön-

lichen Freiheiten und Rechte der Bürger und Bürgerinnen werden von den Machtinhabern nicht respektiert und eingehalten.

### **Diskriminierung**

Als Diskriminierung bezeichnet man die Benachteiligung oder Ausgrenzung von einzelnen Personen oder von Personengruppen aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Alter, Religion, Herkunft oder anderen äußeren Merkmalen. Die Benachteiligung kann in unterschiedlicher Form und in unterschiedlichen Bereichen stattfinden: in der Schule oder der Arbeitswelt, in der Nachbarschaft oder auch bei Behördengängen.

### **Gemeinwohl**

Als Gemeinwohl wird das „Wohl“ einer Gesellschaft oder Gemeinschaft bezeichnet. Im Sinne des Gemeinwohls zu handeln, bedeutet, im Sinne der Gemeinschaft zu handeln.

### **GESTAPO**

Von den Nationalsozialisten errichtete „Geheime Staatspolizei“. Im Laufe der NS-Herrschaft erlangte die Gestapo immer stärkeren Einfluss und erweiterte systematisch ihre Handlungsspielräume. Die primäre Aufgabe lag in der Überwachung, Kontrolle und Ausforschung politischer Gegner und Gegnerinnen des NS-Regimes, demzufolge auch Kontrolle über die Polizei und Organisation der → Konzentrationslager sowie Organisation von Terroraktionen gegen Juden und Jüdinnen, Andersdenkende, Homosexuelle, Behinderte, etc.

### **Ghettos**

Abgeschlossenes Wohnviertel in vielen osteuropäischen Städten, in denen die jüdische Bevölkerung in extrem beengten Verhältnissen und unter äußerst mangelhafter Versorgung leben

musste. Die meisten Ghettos dienten als Übergangstation vor der → Deportation in die Vernichtungslager.

### **HJ – Hitlerjugend**

Jugendorganisation im → Nationalsozialismus. Alle Burschen im Alter von 10 bis 18 Jahren mussten der HJ beitreten. Die Organisation diente der Diktatur als Möglichkeit, Propaganda zu betreiben und die nationalsozialistische Ideologie bei den Jugendlichen zu verankern.

### **Holocaust**

Bezeichnung für den Völkermord an etwa 6 Mio. Juden und Jüdinnen im → Nationalsozialismus. Auch andere Bevölkerungsgruppen wie Behinderte, Roma und Sinti, Homosexuelle, Andersdenkende, politische Gegner und Intellektuelle sowie Kriegsgefangene fielen diesem systematischen Massenmord zum Opfer.

### **Konzentrationslager (KZ)**

Im → Nationalsozialismus wurden Lager errichtet, in denen Juden und Jüdinnen, Homosexuelle, Behinderte, Roma und Sinti sowie Kritiker und Kritikerinnen gefangen gehalten („konzentriert“) wurden, Zwangsarbeit leisten mussten, gefoltert und zahlreich ermordet wurden.

### **Nationalsozialismus – Adolf Hitler**

Als Nationalsozialismus wird die → Diktatur bezeichnet, welche von Adolf Hitler in Deutschland errichtet wurde und die später auch auf Österreich und im Zuge des Eroberungskrieges auf mehrere andere europäische Länder ausgedehnt wurde. Der Nationalsozialismus entwickelte sich ab 1880 und war gekennzeichnet durch Antisemitismus, → Rassismus und Antikommunismus.

### **Pogrom**

Bezeichnet Verfolgung, Ausschreitungen und gewaltsame Übergriffe auf be-

stimmte Bevölkerungsgruppen Mehrmals in der Geschichte und vor allem im → Nationalsozialismus richteten sich Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung.

### **Rassismus**

Bedeutet die Benachteiligung eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen aufgrund der Hautfarbe, der Sprache, des Aussehens, der Religionszugehörigkeit, der Staatsbürgerschaft oder der Herkunft.

### **Synagoge**

Name für ein jüdisches Gebetshaus. Dort versammelt sich die Gemeinde zum Gottesdienst, zu Lehrstunden oder anderen kulturellen und religiösen Veranstaltungen.

### **Vereinte Nationen/UNO**

Die Vereinten Nationen sind eine internationale Organisation, in der fast alle Staaten der Welt (193) Mitglieder sind. Ziel der Organisation ist es, den Frieden auf der Welt zu sichern und die Einhaltung der Menschenrechte auf der ganzen Welt zu fördern. Ge-gründet wurde die UNO nach dem Zweiten Weltkrieg.

### **Widerstand**

Steht für ein politisches Verhalten, das sich gegen eine ungerecht oder bedrohlich empfundene Herrschaft richtet. Im → Nationalsozialismus gab es Widerstand beispielsweise in Form von Personengruppen, die Flugblätter gegen das Regime verteilten oder verfolgten Menschen „zur Hilfe“ kamen. Es formierten sich auch militärische Widerstandsgruppen.

### **Zivilcourage**

Bedeutet sich aus eigener Überzeugung gewaltfrei für andere Personen einzusetzen.

## Weiterführende Links

### Alltag – Rassismus. Jugend ≠ Fremdenfeindlich.

Ein Projekt gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit und für Zivilcourage. Auf der Website findest du zahlreiche Infos und du hast außerdem die Möglichkeit selbst aktiv zu werden.  
[www.alltag-rassismus.at/index.htm](http://www.alltag-rassismus.at/index.htm)

### Amnesty International Österreich

Non-Profit-Organisation, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte auf der ganzen Welt stark macht.  
[www.amnesty.at](http://www.amnesty.at)

### ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus

Die ARGE Jugend berät dich zu Themen rund um Gewaltprävention, Menschenrechte und Antidiskriminierung. Sie bietet Workshops an und organisiert spannende Projekte an denen du dich beteiligen kannst.  
[www.argejugend.at](http://www.argejugend.at)

### BIZEPS

Der Verein BIZEPS berät Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige.  
[www.bizeps.or.at](http://www.bizeps.or.at)

### Bundesjugendvertretung

Die Bundesjugendvertretung tritt gemeinsam mit ihren zahlreichen Mitgliedsorganisationen für die Anliegen junger Menschen ein und ist die gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich.  
[www.jugendvertretung.at](http://www.jugendvertretung.at)

### Demokratiezentrum Wien

Hier findest du viele spannende Infos zu deinen Rechten, Beteiligungsmöglichkeiten, aber auch zu Nationalsozialismus, Rassismus und vielem mehr.  
[www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org)

### Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)

Auf der Website des DÖW findest du umfassende Informationen zum Thema Ausgrenzung in der NS-Zeit sowie viele Geschichten zu Opfern, ZeugnInnen, HelferInnen und TäterInnen.  
[www.doew.at](http://www.doew.at)

### Europäisches Jugendportal

Hier findest du Infos zu verschiedensten Themen wie Bürgerbeteiligung, Freiwilligentätigkeit, Aus- und Fortbildung, Kreativität und sozialer Eingliederung in Österreich und welche Chancen dir Europa bietet.  
[www.europa.eu/youth/AT\\_de](http://www.europa.eu/youth/AT_de)

### Gedenkdienst

Der Gedenkdienst veranstaltet unter anderem Diskussionen, Filmabende und Studienfahrten zum Thema Nationalsozialismus. Zusätzlich hast du die Möglichkeit, über den Verein selbst Gedenkdienst im Ausland zu leisten (dieser kann als Zivildienst angerechnet werden, steht aber auch Frauen offen).  
[www.gedenkdienst.at](http://www.gedenkdienst.at)

### Hörspuren Wien

Mit Hilfe eines Audioguides wirst du an verschiedene Wiener Schauplätze des Jahres 1938 geleitet. ZeitzeugInnen erzählen dir, was sie an diesem Ort erlebt haben.  
[www.hoerspure.at](http://www.hoerspure.at)

### HOSI

HOSI bezeichnet die Homosexuelle Initiative. Sie tritt für die Rechte von homo- und bisexuellen Menschen ein und berät dich gerne.  
[www.hosi.at](http://www.hosi.at)

### Kinder- und Jugendanwaltschaften

Die Kinder- und Jugendanwaltschaften setzen sich für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein und beraten dich bei Problemen.  
[www.kija.at](http://www.kija.at)

### Mauthausen Komitee Österreich

Das Mauthausen Komitee beschäftigt sich mit Formen der Ausgrenzung zur Zeit des Nationalsozialismus sowie heute und bietet Zivilcourage Trainings, Führungen durch das Konzentrationslager Mauthausen und vieles mehr auf seiner Website an.  
[www.mkoe.at](http://www.mkoe.at)

### Netzwerk Kinderrechte Österreich

Im Netzwerk Kinderrechte Österreich sind 37 Kinderrechte-Organisationen vertreten. Das Netzwerk setzt sich für die Rechte aller Kinder und Jugendlichen ein.  
[www.kinderhabenrechte.at](http://www.kinderhabenrechte.at)

### Österreichisches Jugendportal

Das Österreichische Jugendportal bietet dir Infos zu vielen verschiedenen für Jugendliche relevanten Themen wie zum Beispiel Jugendpolitik, Liebe, Medien, Europa und vieles mehr! Offene Fragen werden gerne beantwortet.  
[www.oesterreichisches-jugendportal.at](http://www.oesterreichisches-jugendportal.at)

### Rat auf Draht

Du hast ein Problem? Die MitarbeiterInnen von Rat auf Draht beraten dich anonym telefonisch oder auch online.  
<http://rataufdraht.orf.at>

### Shoa.de – Zukunft braucht Erinnerung

Auf dieser Website findest du umfangreiche Infos zum Nationalsozialismus.  
[www.shoa.de](http://www.shoa.de)

### wienXtra – jugendinfo

 wienXtra – jugendinfo bietet Informationen zu allem, was für dich als JugendlicheN relevant ist – egal ob Liebe, Arbeit, Schule, Gewalt, Rassismus, Freizeit, Praktikum oder Auslandsaufenthalt.  
[www.jugendinfo.wien.at](http://www.jugendinfo.wien.at)

### Zara. Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit

Bist du Opfer oder ZeugnIn eines rassistischen Vorfalles geworden? Dann

kannst du dich an Zara wenden – hier wirst du beraten. Außerdem veranstaltet Zara auch Trainings und dokumentiert Rassismus in Österreich.  
www.zara.or.at

## Literaturtipps für Erwachsene

Bundesjugendvertretung (Hg.)  
**Geraubte Kindheit. Kinder und Jugendliche im Nationalsozialismus**  
Der Sammelband entstand im Rahmen der Enquete „Kinder und Jugendliche im Nationalsozialismus“ im November 2009 und beleuchtet das Leben von Kindern und Jugendlichen während der Zeit des Nationalsozialismus als Systeminvolvierte, Opfer und Mitglieder des Widerstands.

Christa Bauer, Willi Mernyi  
**Rechtsextrem. Symbole – Codes – Musik – Gesetze – Organisationen**  
Das vom Mauthausen Komitee herausgegebene Buch bietet einen guten Überblick über die rechtsextreme Szene der Gegenwart und beleuchtet Hintergründe rechtsextremer Jugendkulturen, ihren Codes, Zeichen, Musik, Kleidung und Organisationen.

Elisabeth Ben David-Hindler  
**Weg der Erinnerung durch die Leopoldstadt (Verein „Steine der Erinnerung an die jüdischen Opfer des Holocaust“)**  
Die vom Verein „Steine der Erinnerung“ herausgegebenen Broschüren vermitteln Hintergrundinformationen zum jüdischen Leben im Bezirk und berichten vom Schicksal der ehemaligen jüdischen BewohnerInnen der Leopoldstadt.

Martina Führer, Gertraud Hoheneder, Ruth Nowotny, Angelika Schlackl  
**Weg von hier ... Linz – Shanghai – Israel. Stationen im Leben der Linzer Jüdin Ilse Mass.**  
Ein Kinderbuch, das die Geschichte der Jüdin Ilse Mass, deren Leben sich 1938 für immer veränderte, auf kindgerechte Weise erzählt.

Herbert Exenberger  
**Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer. Die jüdische Gemeinde in Simmering 1848–1945**  
Geschichte der jüdischen Gemeinde in Simmering anhand von Archivmaterial und autobiographischen Erinnerungen ehemaliger Bewohnerinnen

Elisabeth Fraller, Georg Langnas  
**Mignon. Tagebücher und Briefe einer jüdischen Krankenschwester in Wien, 1938–1949**  
Tagebücher und Briefe von Mignon Langnas, einer als Krankenschwester tätigen jüdischen Frau im nationalsozialistischen Wien.

Leo Glückselig  
**Gottlob kein Held und Heiliger! Ein Wiener „Jewboy“ in New York**  
Lebenserinnerungen des Zeichners Leo Glückselig, der mit seiner Familie 1939 von Wien nach New York flüchten konnte.

Dieter J. Hecht, Eleonore Lappin, Michaela Raggam-Blesch, Lisa Rettl, Heidemarie Uhl (Hg.)  
**1938. Auftakt zur Shoah in Österreich. Orte – Bilder – Erinnerungen**  
Diese Broschüre mit Text- und Bildbeispielen zur Verfolgung der jüdischen Bevölkerung nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde im Gedenkjahr 2008 als Arbeitsmaterial für österreichische Schulen erstellt.

Birgit Johler, Maria Fritsche (Hg.)  
**1938 Adresse: Servitengasse. Eine Nachbarschaft auf Spurensuche**  
Publikation des Nachbarschaftsprojektes in der Servitengasse, in dem die derzeitigen HausbewohnerInnen sich auf Spurensuche nach den ehemaligen jüdischen MieterInnen und deren Schicksal begeben.

Ruth Klüger  
**Weiter leben. Eine Jugend**  
In dieser Autobiographie beschreibt Ruth Klüger anhand von Beispielen wie dem verbotenen Kinobesuch, eigens eingerichteten jüdischen Schulen oder der verbotenen Parkbank, wie sie persönlich die Ausgrenzung im nationalsozialistischen Wien erlebte.

Michael Kofler, Judith Pühringer, Georg Traska (Hg.)  
**Das Dreieck meiner Kindheit. Eine jüdische Vorstadtgemeinde in Wien**  
Geschichte der jüdischen Gemeinde „Sechshaus“ im Rahmen des Projektes „Herklotzgasse 21“. Anhand von Archivrecherchen, autobiographischen Erinnerungen und Interviews wird das jüdische Leben im Bezirk beschrieben.

Ella Lingens  
**Gefangene der Angst. Ein Leben im Zeichen des Widerstandes**  
Autobiographie der Wiener Ärztin und Widerstandskämpferin Ella Lingens, die gemeinsam mit ihrem Mann Jüdinnen und Juden bei der Flucht unterstützte und versteckte. Nach einem Verrat wurde sie von der Gestapo verhaftet und nach Auschwitz deportiert. In ihren Lebenserinnerungen beschreibt sie ihr Überleben und ihren Einsatz gegen das Vergessen in der Nachkriegszeit.

Jonny Moser

**Wallenbergs Laufbursche.  
Jugenderinnerungen 1938–1945**

In seinen Erinnerungen beschreibt der spätere Historiker Jonny Moser seine Kindheit im Burgenland, die Vertreibung nach der nationalsozialistischen Machtübernahme nach Wien und schließlich die Flucht der Familie nach Budapest, wo sie durch den Schutz des schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg überlebte.

Vilma Neuwirth

**Glockengasse 29**

Vilma Neuwirth – Kind einer jüdischen Wiener Arbeiterfamilie – durchbricht mit ihrer Erzählung das stereotype Opfernarrativ und beschreibt, wie sie sich als Kind und Teenager gegenüber den aufgezwungenen Beschränkungen im nationalsozialistischen Regime auf ihre ganz eigene Art und Weise zur Wehr setzte.

Otto Tausig

**Kasperl, Kummerl, Jud. Eine  
Lebensgeschichte**

Der spätere Schauspieler Otto Tausig erzählt von seiner Kindheit in einer jüdischen Familie in Wien, seiner Flucht nach der nationalsozialistischen Machtübernahme mit einem Kindertransport nach England, seiner Rückkehr und seinem Wiedersehen mit seiner aus dem Exil in Shanghai zurückgekehrten Mutter sowie seiner Karriere und seinem Leben als Schauspieler.

Sonia Wachstein

**Hagenberggasse 49. Erinnerungen  
an eine Wiener jüdische Kindheit  
und Jugend**

Erinnerungen von Sonja Wachstein an ihre Kindheit in einer jüdischen Familie vor und während des Ersten Weltkriegs in Wien, ihren Studienjahren an der Universität, ihrer Tätigkeit als Lehrerin an der Schwarzwaldschule und am jüdischen Chajesgymnasium sowie ihrer Flucht aus Wien nach der nationalsozialistischen Machtübernahme.

[www.romasintigenocide.eu/de/home](http://www.romasintigenocide.eu/de/home)

[www.annefrank.de](http://www.annefrank.de)

## Methodisches für die Arbeit mit Jugendlichen

Österreichische Kinder- und  
Jugendvertretung

**Wir sind Vielfalt! Methodenvor-  
schläge für die pädagogische Arbeit  
mit Kindern und Jugendlichen**

download über

[www.jugendvertretung.at/asset/bjv/  
62/4/download\\_002.pdf](http://www.jugendvertretung.at/asset/bjv/62/4/download_002.pdf)

Gerd Meyer, Ulrich Dovermann,  
Siegfried Frech, Günther Gugel (Hrsg.),  
Bundeszentrale für Politische Bildung  
**Zivilcourage lernen. Analysen –  
Modelle – Arbeitshilfen**  
download über [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung  
e.V.

**Nur Mut. Zivilcourage lernen**

download über

[www.jugend-und-bildung.de](http://www.jugend-und-bildung.de)

# Das Demokratiezentrum Wien

Das Demokratiezentrum Wien wurde im Jahr 2000 als interdisziplinäres außeruniversitäres Institut gegründet, das die wissenschaftliche Forschung mit der Vermittlung von Inhalten an ein breites Publikum verbindet. Die Themen, mit denen sich das Demokratiezentrum Wien schwerpunktmäßig beschäftigt, sind aktuelle und historische Demokratisierungsprozesse, Partizipation und Politische Bildung, Neue Medien, Migration sowie Erinnerungskulturen und Geschichtsbilder.

Die Wissensplattform [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org) wird ständig erweitert und bietet ein umfangreiches, frei zugängliches, multimediales Angebot zu den genannten Schwerpunkten.

Diese sind in vielschichtigen Sets unterschiedlicher Wissensbausteine (Artikel, Bilder, Audios, Videos, Timelines, Themendossiers und Wissensstationen) aufgebaut und reichen von Erstinformation bis zum Vertiefungswissen.

See you online! [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org)

## Gedenktage online – ein virtueller Materialienkoffer zur Beschäftigung mit Gedenktagen

Das Demokratiezentrum Wien bietet Materialien zur Beschäftigung mit Gedenktagen in der schulischen und außerschulischen Vermittlungsarbeit:

27. Jänner	Internationaler Holocaust-Gedenktag
11./12./13. März	„Anschluss“-Gedenken
5. Mai	Österreichischer Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
8./9. Mai	Befreiung, Kriegsende in Europa, Europatag
23. August	Europäischer Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus
26. Oktober	Nationalfeiertag
9. November	Gedenken an die Novemberpogrome

Zu diesen wiederkehrenden Gedenktagen mit Bezug auf Nationalsozialismus und Holocaust werden zahlreiche Originalquellen zur Verfügung gestellt, z.B. Gesetzestexte, wissenschaftliche und journalistische Artikel und Bilddokumente. Diese Quellen werden mit umfassenden Zusatzinformationen zum konkreten Dokument und ergänzenden Hintergrundinformationen zur historischen Einordnung kontextualisiert.

[www.demokratiezentrum.org/bildung/gedenktage](http://www.demokratiezentrum.org/bildung/gedenktage)

## Kooperationspartner



**NATIONALFONDS**

DER REPUBLIK ÖSTERREICH FÜR OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS



[www.wienextra.at](http://www.wienextra.at)

**BUNDES •**  
**JUGENDVERTRETUNG**  
[WWW.JUGENDVERTRETUNG.AT](http://WWW.JUGENDVERTRETUNG.AT)



### Bestellmöglichkeit der Broschüre:

Demokratiezentrum Wien

Hegelgasse 6/5

1010 Wien

Tel: +43 (0) 1 512 3737

E-Mail: [office@demokratiezentrum.org](mailto:office@demokratiezentrum.org)